

# Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag und Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1, 20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Infektionsgebühr die sechs gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sperrstunden der Redaktion, an allen Wochentagen 12-1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 290

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32

Nr. 29.

Danzig, den 9. April 1913.

4. Jahrgang.

## Die Angst ums Portemonnaie.

J. B. Noch keine vier Wochen ist es her, seit die Regierung des Herrn von Bethmann Hollweg jenen Gesetzentwurf zur Ausfüllung des Ansiedlungsfonds eingebracht hat. Alle Welt weiß, daß jener Entwurf, ebenso wie alle übrigen Polengehe, dem Zweck dient, eine Anzahl deutscher Reichsbürger aus ihrem Besitz zu verdrängen. Gleichwohl findet er die volle Zustimmung aller „Staatsbehörden“, insbesondere hat er bei den Konservativen heftige Befriedigung erweckt. Jetzt hat die Regierung denselben Herrn von Bethmann Hollweg im Reichstag einen andern Gesetzentwurf eingebracht, wonach rund 1000 Millionen Mark für die angeblich notwendigen neuen Waffenvorstufen durch eine einmalige Abgabe vom Vermögen der Besitzenden aufgebracht werden sollen — und sofort findet die konservative Presse, daß hiermit die Heiligkeit des Privateigentums verletzt werde! Die „Kreuzzeitung“ die der vollständigen Enteignung polnischer Grundbesitzer bekanntlich aus vollem Herzen zustimmt, schreibt jetzt dreimal Wehe ob der Sünde wider den heiligen Geist des Privateigentums. Sie schreibt: „Sie wollen nicht für das Reich einen gewissen Anteil an den Einnahmen, die der Bürger aus seinem Beruf und Besitz hat. Nein, sie wollen den Besitz selbst vernichten, die Einnahmeklassen des Bürgers aufheben. Der Grundsatz der Unantastbarkeit des Privateigentums ist aufgegeben; der zum Schutze des Besitzes bestehende Staat greift selbst den Besitz an. Das ist ein Novum. Es ist eine Tatsache, deren Bedeutung gar nicht stark genug betont werden kann.“

Gewiß sei es ja nur als Ausnahmeregel gedacht, anderenfalls wäre es auch ganz unannehmbar. „Aber irgend eine Sicherheit, daß die Ausnahme Ausnahme bleibt, kann gar nicht gegeben werden.“ Eine Erneuerung solcher Besteuerungsmaßnahmen ist den Massen stets populär sein, und als Schutz gegen solchen „Mißbrauch des Besteuerungsgebührens“ sei man einzig auf „die Stärke, die Widerstandsfähigkeit und den Wagemut der Regierung“ angewiesen. Das sei aber „ein sehr unglücklicher Wechsel auf die Zukunft, denn die starken, die von Volksströmungen unabhängigen Staatsmänner sind nicht eben die Regel.“

Wie man sieht, fühlen sich die Männer der „Kreuzzeitung“ bis ins Innerste ihres Herzens hinein empört und erregt. Sie sagen dem Reichstagskanzler und seinen Helfern deutliche Grobheiten. Ja freilich, wenns ums eigene Portemonnaie geht, dann hört eben jede Rücksicht auf.

Wenn die Sache nicht so eitelhaft wäre, könnte sie komisch wirken. Aber der Eitel überwiegt, das Lachen erstirbt. Ist es denn wahr, daß der Angriff auf die Unantastbarkeit des Privateigentums ein „Novum“, d. h. etwas Neues sei, das zum ersten Mal passiert? Hat denn nicht — wir sagt es schon — „der zum Schutze des Besitzes bestellte Staat erst vor ganz kurzer Zeit den Besitz noch ganz anders als durch eine kleine Abgabe, nämlich durch vollständige Enteignung angegriffen? Und haben ihm nicht die Konservativen Beifall gebrüllt? Ja, hat nicht bei der Schaffung des preussischen Enteignungsgesetzes im Jahre 1908 der konservative Oberhäuptling Herr von Heydebrandt jenen Grundsatze aufgestellt, den wir damals zitierten, und der darauf hinausläuft, daß alle Grundfälle aufgehoben sind, daß aber besonders der Grundsatze von der Heiligkeit des Privateigentums weggeblasen ist, sobald es den Mächtigen so beliebt? Und nun wieder das Gegeine, weil der Staat von dem eigenen Besitz der Kreuzzeitungsleute und ihrer Hintermänner einen kleinen Teil in Anspruch nimmt! In Wirklichkeit sind es eben nicht diese und auch keine anderen „Grundfälle“, wonach die Konservativen die Regierung eingerichtet wissen wollen, sondern sie betrachten den Staat als ihre Domäne, dazu bestimmt, sie zu ernähren, und zwar etwas reichlich. Und nach diesem Gesichtspunkt beurteilen sie die gesamte Politik, das ist das „öffentliche Wohl“, das ist „nationales Interesse“, wovon sie so oft reden.

Dabei darf in diesem Zusammenhange nie und nie vergessen werden, daß unsere Besitzenden „Patrioten“ schon längst drauf und dron sind, sich für ihren „Wehrbeitrag“ anderswo schadlos zu halten. Das neue preussische Steuergesetz ist ja nur deshalb nicht zustande gekommen. Als die Sozialdemokraten verlangten, daß in Preußen die untersten Einkommen von 900—1500 Mark steuerfrei bleiben sollten, da antwortete man, daß ginge nicht, weil dann der Staat zirka 45 Millionen Mark alle Jahre weniger bekäme, und die könne er nicht entbehren. Im selben Atemzuge aber wollen sämtliche bürgerlichen Parteien die bisher gezahlten Zuschläge aufheben, wodurch die Besitzenden (Einkommen von 7000 Mark aufwärts) mit einem Schlage über 50 Millionen Mark alljährlich weniger zahlen würden. Jene 45 Millionen Mark kann der Staat nicht entbehren, aber diese 50 Millionen können ihm entzogen werden! Vorläufig ist der saubere Plan ja noch nicht gegliedert, die Entscheidung ist bis nach der preussischen Landtagswahl verschoben worden. Aber wenn er glückt, dann macht die Ersparnis der Besitzenden allein in Preußen schon mehr aus, als die Besitzenden im ganzen deutschen Reich an „Wehrbeitrag“ bezahlen sollen. Denn wenn sie die 1000 Millionen Mark wirklich hergeben — noch wird man ja abwarten müssen, ob aus der Sache etwas wird; wie begierig die Konservativen danach setzen, ihr Scherlein auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen, haben wir schon gesehen — wenn sie die 1000 Millionen Mark wirklich zahlen, dann bedeutet das doch nur, daß sie auf die jährlichen Zinsen dieser 1000 Millionen Mark verzichten. Und das macht jährlich, bei 4—5 Prozent, 40 bis 50 Millionen aus. Also während sie auf der einen Seite alljährlich 40—50 Millionen dem Vaterlande „opfern“, sind sie auf der andern Seite schon im Begriff, ihm allein in Preußen über 50 Millionen Mark wegzunehmen.

Es geht eben nichts über „Vaterlandsliebe“ und „Opferwilligkeit“. Man muß sie nur richtig eingutkleiden verstehen. Dann kostet sie nichts, und man hat noch den guten Ruf und das Ansehen nebenbei.

## Warnung vor der Fremdenlegion!

Ein Appell an den „Kern des deutschen Volkes“! Der Deutsche Schutzverband gegen die Fremdenlegion ersucht die sozialdemokratische Presse um Abdruck des folgenden Aufrufs: „Mit dem Augenblicke, wo der deutsche Schutzverband gegen die Fremdenlegion ins Leben getreten ist, und tatkräftig an das

Ehrgefühl Deutschlands appelliert hat, sind ihm von allen Seiten so viele Beweise von Sympathie und Zustimmung zugegangen, daß der Verband jetzt schon auf einen Erfolg zurückblicken kann, der seine Erwartungen weit übertrifft.

Wenn aber der deutsche Schutzverband seiner Kulturwert wirklich mit dauerndem Erfolg durchzuführen soll, so muß er den Kern des deutschen Volkes als geschlossene Phalanx hinter sich haben: die Arbeiterschaft.

August Bebel hat mit weislichem Blick die kulturelle Bedeutung des Verbandes anerkannt, indem er die Schmach, welche die Fremdenlegion nicht nur gegenüber den Deutschen, sondern gegen die ganze zivilisierte Menschheit darstellt, gebrandmarkt hat. Bebel hat dem Generalsekretariat folgendes Schreiben zugehen lassen:

Hochgeehrte Herren!

Die Ehre, die Sie mir erwelen, indem Sie mich als Beirat in das Präsidium Ihres Schutzverbandes gegen die Fremdenlegion aufnehmen wollen, weh ich voll zu würdigen. Leider zwingen mein Gesundheitszustand und die Last der schon auf mir ruhenden Arbeit mir die größte Zurückhaltung auch in der Uebnahme weiterer Verpflichtungen, und Sie wollen deshalb verzeihen, wenn ich auf die mir zugebachtete Ehre Verzicht leiste. Dagegen erlaube ich mir folgendes zu bemerken: Die sozialdemokratische Partei und die deutschen Gewerkschaften haben zweifellos das lebhafteste Interesse an dem Kampfe gegen die Fremdenlegion, die wir für eine Schmach, eines Kulturstaates unwürdige Institution ansehen. Ich bin deshalb gerne bereit, in einem Rundschreiben an die sozialdemokratische und Gewerkschafts-Presse, die von Millionen Arbeitern gelesen wird, aufzufordern, diesen Kampf mit erneuter Energie zu führen, falls ich voraussehen darf, daß Ihr Schutzverband bereit ist, diese Presse durch Zusage von geeignetem Anlagematerial zu unterstützen.

Mit vorzüglichster Hochachtung ergebent A. Bebel.

Der deutsche Schutzverband legt nochmals einen ganz besonderen Nachdruck darauf, daß sein Zweck und Ziel nicht nur patriotischer, sondern rein menschlicher Natur sind. Die französische Fremdenlegion stellt eine Sklaverei ohnegleiches dar; es ist ein Hohn, von der Aufhebung der Sklaverei zu sprechen, solange eine Einrichtung besteht, die sich durch menschenwürdige Verträge ständig neu konstituiert und nur durch die größte Brutalität erhält. Die Fremdenlegion läßt sich nur mit einer zweiten Schmach der kulturellen Menschheit vergleichen: mit der Prostitution. Es ist eines der größten Verdienste der Sozialdemokratie, dagegen den Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen zu haben. Die Sozialdemokratie ging bei der Bekämpfung dieser Seuche von der richtigen Erwägung aus, daß es in der Hauptsache die Töchter des Volkes sind, welche durch Not getrieben, durch Vorspiegelungen verführt, diesem Laster anheimfallen. Nicht anders ist es mit der Fremdenlegion geschehen! — Gerade die Söhne des arbeitenden Volkes sind in die Schlingen dieser französischen Menschenhändler geraten. Wer könnte die wandernden Handwerksburschen zählen, die, auf der Waise begriffen, in augenblicklicher Not geraten, wohl gar einen entschuldigen Fehltritt begangen haben und nun in eine Sadgasse geraten, an deren Ende der französische Werber steht, der sich mit Listen, die der Gewalt gleichkommen, des armen Teufels bemächtigt. 200 000 Deutsche sind bis jetzt der Fremdenlegion zum Opfer gefallen — das sind fast ebenso viele Proletarier, die hilf- und schutzlos einer Prostitution anheimfallen, welche dem landläufigen Verkauf von Leib und Seele in nichts nachsteht.

Es gilt also ein soziales Werk!  
Es gilt ein Kulturwert!

Sollte dem deutschen Schutzverband der Bau gelingen, so muß die deutsche Arbeiterschaft das unerschütterliche Fundament bilden. Darum appelliert der Verband an jenen Teil des deutschen Volkes, der bisher geschlossen und stark im Vordergrund aller Kämpfe um Menschheitswerte und Menschenrechte gestanden ist, an die Sozialdemokratie.

Wir erwarten, daß die deutsche Sozialdemokratie sich uns tatkräftig anschließt. Die Masse der deutschen Arbeiter ist am ehesten dazu geeignet; und berufen, dem französischen Werbewesen in Deutschland ein Ende zu bereiten, und zwar: ein Krang von ehrenbaren Vertrauens- resp. Aufsichtspersonen aus den Arbeiterkreisen soll die deutschen Gauen umspannen.

Gerade kleine Kneipen, der Ort, wo Armut und Laster sich finden, sind von den Werbern bevorzugt. Hier müssen die Arbeiter die Augen offenhalten und mit schärfster Aufmerksamkeit zusehen, ob ihnen nicht solche Werber in die Hände fallen. Jeder Arbeiter, der als Vertrauensperson wirken will, erhält nach freiwilliger Meldung eine Legitimation, welche ihm die weitgehendste Unterstützung der behördlichen Organe sichert.

Die Adresse des Schutzverbandes ist: München, Sonnenstraße Nr. 1.

Die Namen des Präsidiums und der Beiräte des deutschen Schutzverbandes gegen die Fremdenlegion werden unsere Leser interessieren. Das Präsidium besteht aus folgenden Herren:

Herrmann Sogn-Wittgenstein, Präsident; Generalleutnant v. Bell de Pino, Erzellenz, 1. Vizepräsident; Freiherr Karl v. Reichenstein, 2. Vizepräsident; Kommerzienrat Ferdinand Hirschberg, 1. Schriftführer; Rechtsanwalt Adolf Weinberger, 2. Schriftführer; Prinz Adalbert Sogn-Wittgenstein, 1. Schatzmeister; Hauptmann Ludwig Emil Meier, 2. Schatzmeister.

Die vom Schutzverband verbreiteten Aufrufe sind außerdem von folgenden Beiräten gezeichnet:

Therese v. Bell de Pino; Dr. Franziskus Ritter v. Bellingner, Erzbischof von München-Freising, Reichsrat, Erzellenz; Dr. Hermann Ritter v. Bezel, Oberkonsistorialpräsident, Reichsrat, Erzellenz; Dr. Caspary, Landtagsabgeordneter; Dr. Ludwig Gungl, Schriftsteller; Dr. Heinrich Ernst Müller-Reinigen, Reichsrat und Landtagsabgeordneter; Reichsgraf Josef Pestalozza, Landtagsabgeordneter; Reichsgräfin Elsa Pestalozza; Ludwig Rastbach, Kaiserlicher Gesandter a. D.; Frau Anna v. Reichenstein, geb. Gräfin Jagger; Graf Richard Gramaldi, R. W. Hauptmann; Dr. E. Werner, Rabbiner; Professor Ritter E. v. Zambusch, Kunstmaler.

## Zur Negerfrage in den Vereinigten Staaten.

Welche große Bedeutung die Negerfrage in den Vereinigten Staaten hat, geht aus einer Veröffentlichung des Neger-Professors Bingham Du Bois hervor, die in der „New Yorker Volkszeitung“ besprochen wird.

Danach zählte die Negerbevölkerung im Jahre 1863 etwa fünf Millionen Personen, von denen vier Millionen soeben von der Sklaverei befreit worden waren. Diese Sklaven konnten nach Gutdünken verkauft, veräußert oder verschenkt werden, durften weder lesen noch schreiben lernen und hatten weder das Recht Eigentum zu besitzen noch zu heiraten. Es war daher nur zu natürlich, daß 90 Prozent dieser Neger Illiteraten waren.

Heute gibt es in den Vereinigten Staaten 10 250 000 Neger, was eine Zunahme von 105 Prozent bedeutet. Der vor fünfzig Jahren fastlose Neger besaß im Jahre 1910 220 000 Acker, deren Wert auf 272 288 Pfund Sterling geschätzt wird.

Im Jahre 1863 waren 90 Prozent der Südstaaten-Neger Farmarbeiter, heute sind es nur noch 40 Prozent; 750 000 sind selbständige Farmer, 10 000 Fuhrleute, 55 000 Eisenbahner, 36 000 Bergleute, 33 000 Sägemüller, 23 000 Hausdiener, 21 000 Carpenter, 20 000 Barbier, 20 000 Krankenwärter, 15 000 Geistliche, 14 000 Maurer, 13 000 Kleidermacher, 10 000 Ingenieure und Metzger und 2500 Ärzte. Daß der letzte Censuserbericht 2 000 000 farbige Kinder in den öffentlichen Schulen zeigt, sei ebenfalls nicht übersehen.

Diesem gewaltigen Aufstiege einer noch vor fünfzig Jahren gewalttätig in Unkultur und Sklaverei gehaltenen Rasse steht jedoch die beschämende Tatsache gegenüber, daß die „Gleichberechtigung“ noch immer zum größten Teile nur auf dem Papier steht. Einen Weißen einen Neger zu heißen, ist ein strafbares Vergehen; die Gerichte haben bestimmt, daß jede Person, die auch nur die geringste Beimischung von Negerblut besitzt, als Neger zu behandeln ist; die eheliche Verbindung von Negerin und Weißen ist noch heute in 26 Staaten verboten und eben jetzt sind wieder einige Paragraphen dabei, diese Schranken noch höher zu ziehen; im Süden gibt es auch weiterhin die „Jim Crow“ — Straßenbahnwagen, die nur von Negern benutzt werden darf und die laut Gerichtsbeschluss „nicht dieselben Bequemlichkeiten aufzuweisen brauchen, wie die für Weiße bestimmten Verkehrsmittel“; in Hotels, Theatern, Friedhöfen und anderen „Vergnügungsorten“ wird nach wie vor eine scharfe Grenzlinie zwischen Weißen und Farbigen gezogen. Kein Neger dürfte es wagen im Parkett eines New Yorker Theaters zu sitzen.

Wichtiger aber ist noch, daß im Jahre 1912 fünf und eine halbe Million Neger, von denen mehr als die Hälfte schreiben und lesen kann und die ein Vermögen von 300 Millionen Dollar besitzen, in keiner Weise ein Mitbestimmungsrecht an den öffentlichen Fragen haben, daß ihnen das in der Fassung garantierte Wahlrecht vollständig genommen ist. Es gibt acht in den Südstaaten geltende Bestimmungen mit deren Hilfe diese Entrechtung in Szene gesetzt wird. 1. jeder Wähler muß lesen können; 2. jeder Wähler muß ein bestimmtes Vermögen nachweisen; 3. Wahlsteuer; 4. der Wähler muß ständige Beschäftigung nachweisen; 5. Armeengehörige, alte Krieger und deren Nachkommen dürfen stimmen; 6. der Wähler muß einen guten Ruf nachzuweisen vermögen; 7. die bekannte Großvaterklausel, nach der Personen, deren Vorfahren vor der Negerbefreiung wahlberechtigt waren, stimmen dürfen; 8. die Wähler müssen von den Wahlkomitees ausgewählte Stellen der Konstitution erklären können. Wie der aufmerksame Leser erkannt hat, besteht die Hälfte dieser Bestimmungen aus Klauseln, die dem weißen Wähler, der durch eine der anderen Bestimmungen seines Wahlrechtes verlustig gehen würde, das Stimmrecht wieder verleihen, während der Farbige unter allen Umständen von einer der Klauseln betroffen wird. Dazu kommt dann noch die niederträchtige Parteilichkeit der als letzte Instanz geltenden „Wahlkomitees“, die immer gegen die Neger entscheiden.

In Louisiana z. B. lebte sich die Bevölkerung im Jahre 1900 aus 729 611 Weißen und 650 804 Negern zusammen; davon waren 21 500 alt 178 595 Weiße und 147 348 Farbige. Lesen und schreiben konnten von diesen 148 219 Weiße und 57 086 Neger, während als Illiteraten gezählt wurden 32 135 Weiße und 69 269 Farbige. Registrierte Wähler gab es aber acht Jahre später — 1908 — 152 135 Weiße und im Ganzen 1743 Neger! Trotzdem also schon im Jahre 1900 57 000 Neger im Alter vorhanden waren, die zu lesen und schreiben vermochten, eine Zahl, die im Jahre 1908 selbstredend noch größer geworden, waren nur 1700 Neger wahlberechtigt!

Das sind die Zustände, wie sie noch heute in politischer Beziehung den Negern der Südstaaten konfrontieren. Er wird verfolgt, gehetzt und der Verliertheit bedrückt. Man hindert seine kulturelle Entwicklung und klagt ihn der Stupidität an; man benutzt die von der farbigen Bevölkerung aufgebrachten Gelder zur Ausstattung und Erhaltung von Schulungsanstalten für Weiße und schränkt nach Möglichkeit den Schulbesuch von Negerkindern ein. In Virginia z. B. beträgt die Gesamtausgabe für Neger Schulen 14,7 Prozent, obgleich die Farbigen über 35 Prozent der Bevölkerung bilden. Man legt ihnen die gleichen Pflichten auf wie den Weißen, ohne ihnen aber auch nur annähernde Gleichberechtigung zu gewähren.

Unter solchen Umständen ist es auch für die Gewerkschaft eine schwierige Aufgabe, die Neger zu organisieren. Von jeher hat der amerikanische Gewerkschaftsbund sich für die gewerkschaftliche Organisation der Neger erklärt und die angegliederten Gewerkschaften gezwungen, Neger zuzulassen. Allerdings wird diese Bestimmung von manchen örtlichen Gewerkschaften, in denen das Vorurteil gegen die Farbigen noch allzu groß ist, noch oft umgangen.

## Deutschland.

Politische Samerei — Prinzip des Zentrums. Daß die Dudenagitatoren des Zentrums Lügen und Verleumdungen, die sie selbst selbst zum Teil für Wahrheit halten, als Handwerkszeug im Wahlkampf benutzen, ist nicht verwunderlich. Daß aber eine offizielle Propaganda der Partei mit



Wagen, die sofort als solche zu erkennen sind, operieren jetzt von abendlicher politischer Gewissenshaftigkeit und von tiefstem Vertrauen auf die blühende Zukunft der eigenen Wähler, wenn man ungefragt aus das blühende Zeug nicht ziehen zu dürfen.

Dem Sekretariat des Vorkommens der preussischen Zentrumspartei ist eine Broschüre für die Landtagswahl herausgegeben worden. (Das Zentrum und die preussischen Landtagswahlen. Verlag der „Germania“ Preis 40 Pfennig.)

Ein wichtiger Brief in dies Nachwort zeigt die Berechtigung unserer Kritiküberschrift. Wir geben wir einige Beispiele heraus. Aber die Annahme des Feuerbestattungsgesetzes sagt die Mehrheit durchgängig.

„Das Zentrum stimmt geschlossen dagegen... Mit Hilfe der 5 Sozialdemokraten, die das Jünglein an der Spitze haben, hat die Regierung die Vorlage unter Dach und Fach bekommen, die schließlich auch im Herrenhaus mit 6 Stimmen Mehrheit durchging.“

Die Leser erfahren kein Wort davon, daß die Vorlage nur durch die Hilfe der 5 Jünglinge in der entscheidenden Sitzung fehlte! Am Tage nach der Abstimmung, am 21. Mai 1911, schrieb die „Kölnische Volkszeitung“:

„Eine Erregung ging durch den Saal, wie selten bei einer Vorlage, als der Präsident verkündigte, daß nur eine Stimme Mehrheit für die Freunde der Vorlage ausreichte war. Im Zentrum verwandelte sich diese Erregung in eine allgemeine Bestimmung über die fehlenden Abgeordneten. Obwohl der Vorsitzende der Fraktion an alle Abgeordneten nochmals telegraphisch hatte, fehlte doch noch acht Herren.“

Die Vorlage war mit zwei Stimmen Mehrheit (nicht mit einer, wie die „Kölnische Volkszeitung“ sagt), angenommen. Wenn die 5 Zentrum Abgeordneten, die nicht als frank entschuldig waren, die Abgeordneten Fröhen, Lournau, Ries, Peter und Schmedding, angewendet gewesen wären, verwandelt sich trotz der 5 Sozialdemokraten die Mehrheit für die Vorlage in eine Mehrheit.

Den fehlenden Abgeordneten wurden damals von der Zentrumspresse die heftigsten Vorwürfe gemacht.

In der Bahngesetzgebung macht sich aber besser, wenn man die Schuld für die Annahme der Vorlage auf die bösen Sozialdemokraten, (die natürlich ihre Abstimmung mit guten Gründen verteidigen können,) schieben kann. Deshalb sagt die offizielle Zentrumspresse:

**Schwarz-blaue Taktik.** Ueber die Erhebung der Heeres- und Deckungsvorlagen betrafte noch am Mittwoch in den Abendstunden zwischen den Liberalen und den Rechten eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit. Die Nationalliberalen hätten am liebsten die Militärvorlage in Bausch und Bogen angenommen und vielleicht noch eine Resolution damit verknüpft, die den Kriegsminister zum weiteren Ausbau der Armee auffordert. Den Wehrbeitrag verneinte man sich erledigen zu können, und die Frage der Deckung der fortwährenden Ausgaben wollte man im Herbst lösen. Von diesen Absichten wollte das Zentrum nichts wissen. Auch die Konservativen verhielten sich strikte ablehnend. Die schwarzblauen Parteien fürchten nämlich, daß, wenn erst die Heeresvorlage verabschiedet ist, dann noch eine Erbschaftsteuer im Reichstage beantragt und mit Mehrheit angenommen werden könnte. Herr von Bethmann-Hollweg, der die Bülow'sche Finanzreform unterzeichnet hat, traut man zu, daß er, wenn sich im Reichstag für die Erbschaftsteuer eine Mehrheit findet, auch bereit sein wird, diesen Weg zu gehen. Das Zentrum und die Konservativen haben ihn im Verdacht, daß er nur deshalb kein Mantelgesetz, das die beiden Vorlagen als untrennbare Ganzes verbunden hätte, eingebracht hat, um mit wechselnden Mehrheiten arbeiten zu können. Das Zentrum besteht deshalb darauf, daß die beiden Vorlagen von ein und derselben Mehrheit im Reichstag verabschiedet werden. Wenn die Deckungsvorlage dem Wunsche des Zentrums nicht entspricht, dann ist man offenbar geneigt, Schwierigkeiten bei der Militärvorlage zu machen, um auf diesem Wege einen Konflikt herbeizuführen, der dann nur durch eine Auflösung des Reichstages gelöst werden könnte. Wie man bis jetzt hört, wird das Zentrum für die Erhebung des Wehrbeitrags eine Progression beantragen, und zwar dergestalt, daß bei kleinen Vermögen ein geringerer Satz als 5 v. H., bei größeren Vermögen dagegen ein höherer Satz erhoben wird. Für einen solchen Antrag dürfte im Reichstage eine sichere Mehrheit vorhanden sein. Daß die Militärvorlage in ihrem vollen Umfange angenommen wird, daran besteht, nach allem, was man bisher hört, kein Zweifel. Höchstens werden sich die Fortschrittler zum Schein für Abstriche bei einzelnen Positionen erwärmen; sie werden sich aber hüten, einen Antrag zu stellen, der vielleicht die ganze Vorlage in Frage stellen würde. — Stärkere Differenzen sind daher nur bei der Deckungsvorlage zu erwarten. Der Regierung liegt vor allen Dingen daran, endlich einmal den Etat bewilligt zu bekommen, und man rechnet damit, daß, wenn der Reichstag nach Pfingsten wieder zusammentreten muß, die Arbeitslast des Parlamentes eine derartige Verminderung erfahren hat, daß zu langen, zerräubernden Kämpfen wenig Neigung mehr vorhanden sein wird. Daß die Regierung darauf besteht, daß der Etat so schnell als möglich verabschiedet wird, beweist, daß sie für die Heeres- und Deckungsvorlagen völlig freie Hand zu haben wünscht. — Die Militärvorlage wird dann in 2. Lesung in die Form eines Nachtragsetats gekleidet, also in den ordentlichen Etat nicht mit eingearbeitet.

**Der deutsche Reichsanwalt.** Ein Berliner Militärverein hat dem Reichsanwalt 100 Mark angeboten, als Beitrag zu den Kosten der Heeresvervielfachung. Dem Verein ging daraufhin folgendes Schreiben zu:

„Dem Verein der Kameraden vom Pionierbataillon von Rauch danke ich aufrichtig für die Darbietung eines Betrags von 100 Mark zu den Kosten der Heeresvervielfachung. Die patriotische Gesinnung, die der Verein durch die Spende bezeugt, hat mich sehr erfreut.“

Die Reichshauptkasse ist zur Annahme der Summe angewiesen.

Die Kriegervereine im ganzen Reich werden sich natürlich bei einer solche Spende zu freuen, in der Erwartung, daß für ein Dankschreiben des Reichers zu bekommen, das dann im Vereinslokal unter Glas und Rahmen aufbewahrt werden kann. Für die Unterstützung der Veteranen befinden die Kriegervereine eine solche Opferwilligkeit nicht. Die Reichshauptkasse nimmt also jetzt freiwillige Spenden entgegen, und nun mögen die Patrioten einmal zeigen, wie groß ihr Opfermut ist.

**Fortschrittlich-nationalliberaler Wahlkompromiß in Alena-Herlorn.** Der Wahlkreisvorstand der fortschrittlichen Volkspartei von Alena-Herlorn hat jetzt seit beschlossen, bei der Landtagswahl die nationalliberalen Schwarzfächer und Wehrdienstfreie Hirsch und Haarmann zu unterstützen. Bezeichnend ist, daß auch der Bund der Landwirte für Hirsch und Haarmann eintritt. Ein Bundesgenosse, auf den die Fortschrittler stolz sein können!

**Eine Entscheidung über den § 153 der Gewerbeordnung.** Gelegentlich eines Erbarbeiterstreits in Kehl sollen zwei Streitende den Versuch gemacht haben, die Laubbürschen durch Drohungen vom Berg zur Arbeit abgehalten zu haben. Ein dritter Erbarbeiter war beschuldigt, zu den Laubbürschen über einen abwesenden Rechtsanwältin Drohungen ausgestoßen zu haben. Der Staatsanwalt beantragte Bestrafung nach Paragraph 153 der Gewerbeordnung. Das Saßungsgericht Kehl schloß sich dem An-

trag des Verteidigers an, der ausführte, daß Bergheim gegen Paragraph 153 der Gewerbeordnung sehr vorsichtig, daß eine Urteilsfindung dieser Vorlage, zu denen der Redaktor gehörte. Diese Voraussetzung sei objektiv erforderlich, auf die Gefahr des Angeklagten läge es nicht an. — Das Gericht sprach den beiden Angeklagten frei, während die beiden anderen Angeklagten nur wegen Abmahnung 15 resp. 25 Mark Geldstrafe erhielten.

### Das Wahlurnen-Gesetz.

Dem Reichstage ist am Mittwoch der Gesetzentwurf über die Beschaffenheit von Wahlurnen zugegangen. Der Paragraph 11 Absatz 2 des Wahlreglements wird wie folgt geändert: „An diesen Tisch (Wahlstisch) wird ein verdecktes Gefäß (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Die Wahlurne muß niedrig sein. Im Innern gemessen, muß ihre Höhe mindestens 90 Zentimeter und der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand mindestens 35 Zentimeter betragen. Im Deckel muß die Wahlurne einen Spalt haben, der nicht breiter als 2 Zentimeter sein darf und durch den die Umschläge mit den Stimmzetteln hineingesteckt werden müssen. Vor dem Beginn der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß die Wahlurne leer ist. Von da ab bis zur Abstimmung darf die Wahlurne nicht wieder geöffnet werden.“

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß der Reichstag mehrmals nahezu einstimmig Resolutionen seine Zustimmung gegeben hat, in denen die Anschaffung solcher Wahlurnen gefordert wird. Es wird zugegeben, daß durch die Verwendung nicht geeigneter Gefäße als Wahlurnen das Wahlgeheimnis in Frage gestellt werden kann. Zigarrentaschen, Suppenterrinen, Hühnerschalen usw., wie sie bisher in einzelnen Wahlorten verwendet worden sind, werden als durchaus ungeeignet bezeichnet. Es ist aber davon abgesehen worden, die Einführung bestimmter, einheitlicher Wahlurnen vorzuschreiben; man glaube sich darauf beschränken zu sollen, bestimmte Mindestmaße festzusetzen. Die Wahlurne kann also größer sein, auf keinen Fall darf sie aber kleiner sein, als wie dieses Gesetz sie vorgeschreibt. In der Vorlage ist eine solche Wahlurne abgebildet. Der Preis einer solchen stellt sich auf 4,60—6,20 Mark. In Rücksicht auf die geringen Kosten sollen die Gemeinden verpflichtet werden, diese Urnen aus ihren Mitteln anzuschaffen. In dem Wahlprotokoll muß künftig ausdrücklich bemerkt sein, wie hoch und wie breit die Wahlurne war. Nach Ansicht der Regierung ist es bei Urnen von dieser Größe unmöglich, daß die Wahlurnen aus dem Wählergeheimnis sein können; vielmehr sollen Proben ergeben haben, daß die Wahlurnen derart durcheinander gerüttelt werden, daß eine Kontrolle über die Abstimmung der einzelnen Wähler vollkommen ausgeschlossen erscheint.

### Um Schutz vor Bauernlegerei.

bitten die Landwirte in der Grafschaft Olsh, die von der prinzipal Herrschaft in Seltenerberg langsam aber sicher aufgekauft werden. Die patriotische Tätigkeit des Hochadels in diesem Kreise wird von einem älteren Landwirt wie folgt gekennzeichnet:

„Die vor hundert Jahren mit Fleiß und Umsicht angelegte Bevölkerung wird gegenwärtig durch die Methode des Bauernlegens allmählich, aber sicher ausgerottet. Die Folge davon ist einmal die Vernichtung vieler Existenzen, da die ihres Grundbesitzes entsetzten Landbewohner sich schwer einem anderen, ihnen ungewohnten Beruf gründen können, sodann aber verliert die Gegend immer mehr ihre Wehrkraft, ihre Steuerzahler und Landarbeiter. Dafür sieht sich die prinzipale Herrschaft genötigt, immer mehr Ausländer, vor allem Galizier und Kroaten anzunehmen.“

Der Ruf des alten Landwirts, im Staatsinteresse und im Interesse des Allgemeinwohls gegen diese Aufsaugung landwirtschaftlicher Existenzen einzuschreiten, wird den Junkern des Dreiklassenlandtages ein mittelbiges Lächeln entlocken.

### Der Breslauer Freisinn.

hat sich von dem Verdacht eines Pattierens mit der Sozialdemokratie völlig gereinigt. Er erklärt auf eine konservative Anzapfung hin, daß er die kürzlich erwähnte Wahlmännerverpflichtung wie folgt geändert habe:

„Ich bin bereit, ein Mandat als Wahlmann der vereinigten liberalen Parteien anzunehmen und meine Stimme für die drei liberalen Kandidaten abzugeben.“

Die erste Fassung ließ bekanntlich die Möglichkeit zu, einen Sozialdemokraten und zwei Liberale zu wählen. Ein konservativer Hinweis hat genügt, um die Fortschrittler ihre gänzliche Unschuld beteuern und schriftlich fixieren zu lassen.

### Die Behörden können auch schnell arbeiten.

Viele Monate wartet die „Volksfürsorge“ auf die Genehmigung ihrer Statuten durch die Aufsichtsbehörde. Anfang März beschloß der schlesische Provinziallandtag, eine ausgearbeitete Junta der Provinzialverwaltung, als Gegengewicht die Gründung einer Volksversicherung durch die schlesische Provinzial-Lebensversicherungs-Anstalt, und schon am 26. März, also nach drei Wochen, war diese antizipal-demokratische Gründung genehmigt, und am 29. März konnten die evangelischen Arbeitervereine die erste Propaganda für diese „Volksversicherung“ in die Wege leiten. Da sage noch einer, die Behörden arbeiten langsam; sie können sehr schnell arbeiten.

### Kleine politische Nachrichten.

**Eine ungünstige Reichstagswahl.** Der Reichstag hat die Wahl des freikonservativen Abgeordneten von Dörzen (Wahlkreis Saach-Beilig-Jüterbog-Ludowalbe) für ungültig erklärt, weil 412 Wähler der Heilstätte Beelig sowohl vom Magistrat wie auch vom Landrat und Regierungspräsidenten von der Wahl ausgeschlossen wurden. — Bei der letzten Hauptwahl erhielt von Dörzen 11 044, Ewald (Soz.) 13 367, Dr. Freund (F. V.) 9226 Stimmen. In der Stichwahl wurde von Dörzen mit 290 Stimmen Mehrheit gewählt.

**Die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Ost- und West-Sternberg (Brandenburg 5)** wird am 9. Mai stattfinden. Das Mandat hatte der Konservative von Kaphengst inne, der am 6. März d. J. verstorben ist. Der Wahlkreis ist den Konservativen sicher. In der Hauptwahl wurden 9142 konservative, 3427 antisemitische, 3333 sozialdemokratische und 607 fortschrittliche Stimmen abgegeben.

**Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.** Die Fraktion bestimmte in ihrer Sitzung am Donnerstag als Redner für die Militärvorlage die Genossen Haack, Scheidemann und Dr. Frank.

**Gegen das Petroleummonopol.** Der Vorstand des Bergbau-lichen Vereins wendet sich in einer Eingabe an den Reichstag gegen das Petroleummonopol, vor dem er als vor einem Schritt auf dem Wege der Sozialisierung unserer Volkswirtschaft warnt.

### Ausland.

#### Oesterreich.

**Wahlserfolg bei einer Reichstagsersatzwahl.** Bei der Reichstagsersatzwahl für den verstorbenen tschechoslowakischen Sozialdemokraten Gerny in dem böhmischen Oberhüttenbezirk Schönbach wurde der bekannte Führer der tschechoslowakischen Sozial-

demokrat, Dr. Franz Soukup gewählt. Der Ort ist so sehr unbeliebter Ort der Partei, daß eine ernsthafte Gegenkandidatur gar nicht aufgestellt war. Dr. Soukup gehörte bereits von 1907—11 dem Abgeordnetenhaus an, war aber bei den allgemeinen Neuwahlen in seinem Prager Wahlbezirk unierlegen.

### Holland.

**Amsterdam.** Wahlkompromiß der holländischen Regierungsparteien. Die drei Parteien der liberalen Mehrheit sind nach langwierigen Verhandlungen, die sich sowohl auf die Verteilung der Wahlkreise, als auf das Wahlprogramm bezogen, zur Einigkeit gekommen. Diese Einigkeit trägt aber deutlich die Kennzeichen eines mit schwerer Mühe zustande gekommenen Kompromisses an sich. Das gesamte Wahlprogramm der drei Parteien bezieht sich mit auf zwei Teile der Verfassungsreformvorlage des liberalen Kabinetts, nämlich auf die Verfassung der Schule und die Erhaltung der bisherigen Staatszuschüsse an die Kirchen. Ueber alles andere, was bei dieser Wahl in Frage steht, über das Wahlrecht, den Zolltarif, die Arbeiterversicherungsfrage usw., hat man sich also nicht einigen können. Der Kompromiß bedeutet in dieser Weise eine beträchtliche Schwächung der sowieso schon sehr geschwächten Regierungskoalition.

### Dänemark.

**Kopenhagen.** Der Landsting gegen die Verfassungsrevision. In der Sitzung des Landsting am 3. April wurde über die Regierungsvorlage betreffend die Verfassungsänderung verhandelt. Der freikonservative Graf Friis beantragte Uebergang zur Tagesordnung sowie Ernennung einer Kommission zur Beratung der Angelegenheit. Ministerpräsident Bernsten widersetzte sich diesem Antrage, der nach längerer Debatte mit 33 Stimmen der Mitglieder der Rechten und der freikonservativen gegen 31 Stimmen der ministeriellen Linken, der Radikalen und der Sozialisten angenommen wurde. Damit ist die Regierungsvorlage über die Verfassungsänderung gefallen.

### Großbritannien.

**London.** Suffragetten-Verfolgung. Frau Pankhurst, die Urheberin des Aufschlages gegen das Haus des Schatzkanzlers Lloyd George, ist deswegen sowie wegen anderer Eigentumsvergehen zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

### Schweiz.

**Die Presse im neuen Strafrecht.** Aus Zürich wird uns geschrieben: Die große Sachverständigenkommission für das eidgenössische Strafrecht legt soeben folgende definitive Anträge vor: Für strafbare Handlungen in der Zeitung ist der Verfasser allein verantwortlich. Kann dieser nicht ermittelt werden... so ist der Verleger oder Drucker strafbar. (Bei nicht periodischen Druckschriften: in Zeitungen der Redakteur.) Der wichtigste Absatz ist der vom Zeugniszwang, der folgende Fassung erhält:

„Der Redakteur ist nicht verpflichtet, den Namen des Verfassers zu nennen. Es dürfen weder gegen den Redakteur noch gegen den Drucker und sein Personal, noch gegen den Herausgeber oder Verleger prozessuale Zwangsmittel angewendet werden, um den Namen des Verfassers zu ermitteln.“

### Griechenland.

**Saloniki.** Der Königsmörder. Die mit der Untersuchung des Königsmörders Schinas beauftragten Aerzte haben festgestellt, daß er schuldlos ist.

### Amerika.

**Washington.** Die Anerkennung der chinesischen Republik. Staatssekretär Bryan hat allen hiesigen diplomatischen Vertretern formell mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten beabsichtigen, am 8. April, dem Tage des Zusammentritts des chinesischen Parlaments, die chinesische Republik anzuerkennen. Gleichzeitig hat der Staatssekretär vorgeschlagen, daß auch alle anderen Regierungen an diesem Tage die chinesische Republik gemeinsam anerkennen.

## Danzig.

**Zentrumliche Unversöhnlichkeit.** Die frommen Ueberchristen um Kühnemund, die im „Westpreussischen Volksblatt“ fast tagtäglich den Nachweis liefern, daß für sie die Lüge eine Tugend ist, wenn man sie nicht übt, überraschen immer wieder durch ihren ungenierten Kampf gegen die Wahrheit. Am 28. März lieferte das Feuilletonblatt in der Nummer 71 diesen neuen Beweis für die sittliche Vertommenheit der — Sozialdemokratie:

### „Eine geborstene Zentrumsstütze.“

Es ist allmählich bei den Roten Sitte geworden, alle Verbrecher zu strenggläubigen Katholiken und Zentrumstützen zu stampeln. Eine solche Stütze soll auch nach dem „Vorwärts“ zum 13. März der Restaurateur und Fuhrunternehmer Holbed aus Essen-Kellinghausen gewesen sein, der verschwand, nachdem er den Darlehnskassenverein um ungefähr 80 000 Mark geschädigt hatte. Die Mitglieder dieses Vereins seien größtenteils Zentrumsteute. Holbed hatte seinen Abgang noch durch die Heuchelei „perjuriert“, daß er kurz vor seinem Verschwinden an der Grundsteinlegung der katholischen Kirche teilnahm und für den Kirchenbau 2000 Mark zeichnete. Der „Vorwärts“ meint, die Schwarzen hätten im Rheinlande entschieden Recht.

Ja, wenn alles wahr wäre, was der „Vorwärts“ erzählt! Das ist aber bekanntlich nicht der Fall. Holbed kann nicht als Zentrumsstütze gelten, weil er dieser Partei nicht angehört und auch niemals für sie agitiert hat. Seit vielen Jahren wählte Holbed überhaupt nicht. Seine Beteiligung an der Grundsteinlegung beschränkte sich darauf, daß in seiner Wirtschaft die entsprechende weltliche Radfahrer stattfand. Er hat auch keine 2000 Mark für den Kirchenbau gezeichnet. Und ist noch zu bemerken, daß der Darlehnskassenverein nichts mit den Schwarzen und dem Zentrum zu tun hat, da sich seine Mitglieder aus Angehörigen der verschiedensten Konfessionen und Parteien zusammensetzen.

Damit die Leser wissen, was der „Vorwärts“ über diese interessante Zentrumsstütze, die niemals für die Schwarzen agitiert hat, wirklich behauptete, lassen wir die Notiz folgen, welche unser in Essen erscheinendes Bruderblatt, die Arbeiter-Zeitung, am 11. März gebracht hat:

**Eine Zentrumsstütze geborsten.** Seit Dienstag, dem 4. März, ist der fromme Zentrumssagittator, Wirt und Fuhrunternehmer Holbed aus Bergerhausen, verschwunden. Wie erzählt wird, soll derselbe nur die Kleinigkeit von annähernd 60 000 Mark, die nicht sein eigen waren, mitgenommen haben. Arg in Mitleidenschaft gezogen ist vor allen Dingen das landwirtschaftliche Kasino, ebenso einige Landwirte von Bergerhausen, von denen einer zirka 60 000 Mark eingebüßt haben soll. Holbed war Kassierer des Spar- und Darlehnskassenvereins Kellinghausen, dem etwa 75 Landwirte aus Kellinghausen und Umgebung angehören. Er hat die Fälschungen seit einer ganzen Reihe von Jahren begangen, indem er falsche Quittungen ausfertigte und das Geld für sich einstrich. — Ob das Vermögen des Holbed ausreichen wird (Vandereien und Fuhrgeschäftsinventar), die unterschlagene Summe zu decken, muß noch abgewartet werden. Noch am Sonntag, dem 2. März, fand in dem Lokale dieses Mannes — Restauration zur Grenze in Bergerhausen —



die feierliche Grundsteinlegung der katholischen Kirche Oberberghausen Kott, zu welcher der fromme Mann noch am Sonntagabend 2000 Mark gezeichnet hatte. Ueberhaupt hat Herr Holbed als eifriger Förderer der katholischen Kirche von jeher gezeigt. Die neu zu erbauende Kirche, zu welchem die Grundsteinlegung am vorigen Sonntag erfolgt ist, wird ebenfalls auf dem Grundstücke des Herrn Holbed errichtet. Bei der feierlichen Grundsteinlegung sah man diesen Herrn ebenfalls in dem Kirchhofe aufzulaufen. Obwohl der Bestrahlung schon bereits acht Tage fort ist und in Berghausen unter den Geschädigten keine Empörung herrscht, hat die Eisener Volkszeitung und der Volksfreund bis jetzt noch nichts von diesen Dingen der Öffentlichkeit mitgeteilt. Man ist dort sonst von allen kleinsten Dingen manumal sehr schnell unterrichtet, insbesondere dann, wenn es sich darum handelt, den verruchten Sozialdemokraten oder freien Gewerkschaften eins auszuwischen. Hier ist es aber ein frommer Zentrumsmann und da scheint man schweigen zu müssen. Oder sollte der sonst so gut informierte Berichterstatter auf einmal verfallen?

Zu der eisenstirnigen Abiegung des Danziger Wasserblattes wird uns noch mitgeteilt, daß alle Angaben der Parteipresse über Ehren-Holbed durchaus wahr sind. Der Braue hat nur die 2000 Mark für den Kirchenbau deshalb nicht gezahlt, weil seine Gaunereien inzwischen herauskamen und er das Weite suchen mußte. Das Eisener Zentrumsblatt hat den frommen Betrüger bis heute nicht abzuschnitteln gewagt. Es suchte sich nur durch die Ausrede zu drücken, daß er sich nicht öffentlich im Parteeleben betätigte. Was die schwarze Wahrschichtigkeit sich aber nicht in Eilen leisten darf, das holt sie um so unerfreuener in Danzig nach. Es muß von dieser schwarzen Junst zur höheren Ehre der religiösen Vollkommenheit immer dafür gesorgt werden, daß der katholische Dr. Sigi recht behält, der ihnen das moralische Urteil schrieb: Sie mögen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.

**Freisinnige Landtagswahl-Schmerzen.** Im nationalliberal-freisinnigen Lager Danzigs gibt man sich über den Ausgang der Landtagswahl keinen großen Hoffnungen hin. Offener ehrlicher Krieg gegen die Schwarzblauen legt dem Korporalstabe um Münsterberg schon prinzipiell nicht. Dann hat man sich durch den kommunalen Block mit den Zentrums und Konservativen so blankiert, daß jede Kampfanzeige gegen die teuren Blockrüder zum Kinderpott werden müßte. Die Erwartung, daß man sich bei der Landtagswahl mit den Schwarzblauen ebenso wie bei den kommunalen Wahlen kompromittieren könnte, scheint im Schnapsblocklager zu wenig Gegenstände zu finden. Um so bestimmter sind die mit feinerer Grundfächer behafteten Freisinnigen über die Sozialdemokratie. Die Hoffnung, daß die Sozialdemokratie aus Abneigung gegen die blauschwarzen Boitschinde Karow, Wollfowoll und Wegner-Rottmannsdorf den Börsenfreisinn unbesehen heraus-hauen würde, hat man nicht mehr. Die Niederlage des Pärers Traub in Teltow-Beestow hat selbst die allerklügsten Diplomaten des Freisinn darüber belehrt, daß die Danziger Sozialdemokratie ohne Gegenleistung für Münsterberg und seine Freunde keine Hand rühren wird.

Sein Wunder, daß die „Danziger Zeitung“ bei solch trüben Aussichten nicht rosig in die Zukunft blickt. Es ist zu ergötzlich, wie sie in der Morgenausgabe vom Sonntag, den 30. März, ihren Schmerz ausstößt:

„Wir sind müde von den schier unaufhörlichen Festfeiern, wir sind nervös abgepannt durch den Druck der ständigen Kriegs-gefahr und durch die schwere wirtschaftliche Depression, die die äußere politische Lage zur Folge gehabt hat, wir sind erschöpft von der Begeisterung für die neue Wehrvorlage, in die man uns hineingeredet (11) hat, und von dem Enthusiasmus für das „patriotische Opfer“ der Vermögenssteuer, den man uns suggeriert. In einem solchen Zustande politischer Apathie wird, so fürchten wir, der 16. Mai... mehr oder minder unbeschadet vorübergehen. Der politische Elan... wird ausbleiben.“

Man könnte fast Mittelteil empfinden, mit dem armen Freisinnsländer, der so ausgezeichnet die politische Knochenermüdung des Liberalismus darstellt. Trotz dieser Zeichnung wird sich aber die Börsepartei nicht mehr aufraffen. Der Artikelschreiber verrät auch schon, daß er das gar nicht will. Während er noch verzeiwelt das freisinnige Elend malt, kann er es nicht unterlassen, die lebensfrohen Sozialdemokratie in der üblichen unsehbaren Weise zu schulmeistern. Er schilt die wahlrechtsfreundliche Konsequenz der Sozialdemokratie die Politik der Kleintinderbewehrungsanstalt. Dazu entdeckt er außerdem geistreich, daß bei den sozialdemokratischen Führern die Angst vor der Masse allmählich eine größere Rolle spielt als das Recht der Masse.

Zu solchen kindischen Wortspielen, die besten Falles aus kompetenter Urteilsunfähigkeit geboren sind, kann man nichts mehr sagen. Zuert sollte der Freisinn sich einmal die törichte Ungezogenheit abgemöhnen, die Sozialdemokratie so von oben herab allergnädigst zu befehlen. So liegen die Dinge wirklich nicht, daß die Sozialdemokratie die erhabenen Weisheiten des politisch stark banterotten Freisinn mit Handkuff empfangen müßte. Wir sind die Kraft und reiß genug, das mögen sich gefälligst einige Herrschaften merken, die in außerstarker Selbstgefälligkeit mehrere Jahrzehnte verschlafen zu haben scheinen. Es bedeutet für die „Danziger Zeitung“ nicht wenig, daß sie sogar einige Zeilen lang das freisinnige Bündnis mit den offen wahlrechtsfeindlichen Nationalliberalen peinlich empfindet.

Wer so, wie die „Danziger Zeitung“, über die Indolenz des Bürgertums klagt, der soll auch seine eigene Schuld als Ursache dieses leidigen Zustandes einsehen. So wie die Leute der „Danziger Zeitung“ das Danziger Bürgertum erzogen haben, so ist es leider geworden. Um so weniger Veranlassung haben sie, jede

Brücke der Verdämigung zwischen Arbeiterkass und Bürgertum zu versperren. Aber wenn die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

**Nebenverdienst.** Die Unzulänglichkeit des Arbeitsverdienstes, der sehr oft kaum zur Bestreitung des notwendigen Lebensunterhalts, geschweige denn für andere Bedürfnisse ausreicht, bestimmt viele Arbeiter dazu, für die ihnen verdienende knappe bemessene freie Zeit nach einem Nebenverdienst zu suchen. Findige Geschäftsleute sowie allerlei Schwindler benutzen diese Verhältnisse, um für sich daraus Kapital zu schlagen, und nur zu häufig fallen ihnen Nebenverdienstsuchende zum Opfer. Anstatt den gesuchten Verdienst zu erhalten, werden sie in der unverschämtesten Weise ausgebeutet und können froh sein, wenn sie ohne schwere dauernde wirtschaftliche Schädigung davontkommen.

In welchem Umfang der Schwindel betrieben wird und wie einträglich er sein muß, zeigen die vielen Inserate in der bürgerlichen Presse, die den Verdienstsuchenden in allen möglichen Variationen Nebenverdienst zusichern. Ihnen allen gegenüber ist die größte Vorsicht geboten, denn meist steckt irgendein Schwindel dahinter, und in den wenigen übrigen Fällen liegen die Verhältnisse auch in der Regel so, daß der Verdienstsuchende am besten seine Finger davon läßt. Am häufigsten wird der Nebenverdienstschwindel in der Weise getrieben, daß der Verdienstsuchende von der inserierenden Stelle aufgefordert wird, zunächst den Betrag von 1,50 Mark oder mehr einzusenden. Auf diese Einsendung kommt es den Schwindlern hauptsächlich an, denn auf sie ist es abgesehen. Schickt der Verdienstsuchende den verlangten Betrag ein, so erhält er irgendein Adressenverzeichnis von Firmen, an die er wegen Nebenverdienst, Adressenschreiben und so weiter gewiesen wird. Dieses Verzeichnis ist vollkommen wertlos, da das Verzeichnis fortgesetzt immer wieder neuen Verdienstsuchenden gegen Zahlung der geforderten Gebühr zugestellt wird. Nicht viel anders liegen oft die Verhältnisse auch da, wo das Adressenschreiben für die inserierende Firma selbst erfolgt. Der für 1000 Adressen gezahlte Betrag ist so niedrig festgesetzt, daß im Schreiben nicht ganz gewandte Personen kaum das beim Schreiben verwendete Licht verdienen, besonders wenn sie die Kuperts selbst zu liefern haben.

Eine andere Art des Schwindels verbirgt sich hinter dem Angebot von Verkaufs- und Produktionslizenzen. Für völlig wertlose Lizenzen werden oft 100, 200 bis 500 Mark gefordert, und es finden sich leider die Dummen, die diese Beträge zahlen, um nie etwas davon wieder zu sehen. Von andern Stellen wieder werden leicht verkäufliche Gebrauchsartikel zum Vertrieb angeboten und den Verdienstsuchenden außerordentlich hohe Gewinne in Aussicht gestellt. Inserate, in denen ein täglicher Nebenverdienst von 10 bis 20 Mark oder ein Jahr Einkommen von 2000 bis 3000 Mark in Aussicht gestellt wird, sind gar nicht selten. Wer sich auf diese Inserate einläßt, fällt immer herein, indem ihm für teures Geld wertlose unverkaufliche Waren angeschminkt werden. Nicht anders liegen die Dinge dort, wo durch Inserate leichte, lohnende Heimarbeit angeboten wird.

Derartigen Angeboten gegenüber ist deshalb die allergrößte Vorsicht am Platze. Jedem Angebot von Nebenverdienst, bei dem zuvor die Einzahlung eines bestimmten Betrages gefordert wird, ist mit dem weitestgehenden Mißtrauen zu begegnen. Aber auch in allen übrigen Fällen lasse man sich auf unbestimmte Verprechungen, zweifelhafte Verträge und Bestellungen nicht ein. Nur so wird man vor Schaden bewahrt bleiben.

**Ein Wahlrechtsantrag.** Das sozialdemokratische Landtagswahlkomitee hat den folgenden Antrag am 5. April an den Magistrat abgeben lassen. Durch ihn können die Lücken des öffentlichen Hungertunensrechtes doch ein wenig gemildert werden. Hoffentlich bringt der Magistrat wenigstens den Liberalismus auf, der zu seiner Annahme nötig ist.

Der Antrag hat nachstehenden Wortlaut:

Danzig, den 3. April 1913.

An den Magistrat

Danzig.

Das ergebenst unterzeichnete Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei für den Landtagswahlkreis Danzig beantragt hiermit:

Der Magistrat wolle die Dauer der am 16. Mai stattfindenden Urwahl für das preussische Abgeordnetenhaus für die 3. Wahlperiode von 5—9 Uhr abends festsetzen.

Die Begründung dieses Antrages ergibt sich aus der allgemeinen Erfahrung, daß Wahlen mit mündlicher Abstimmung erheblich zeitraubender sind, als solche, bei denen geheim abgestimmt wird. Dann führt aber auch eine Wahlzeit, die nicht die von uns vorgeschlagenen Stunden berücksichtigt, dazu, daß die Arbeiter und Angestellten, die die weitaus größte Zahl der Wähler der dritten Abteilung bilden, nicht die Möglichkeit erhalten, ihr Wahlrecht auszuüben. Selbst die Festlegung der Wahl in die Mittagspause verhindert diesen Mißstand nur sehr unvollkommen. Ein erheblicher Teil der Wahlberechtigten, die in größerer Entfernung von ihrer Wohnung beschäftigt sind, behalten selbst dann nicht die Zeit, um bei der schon hervorgehobenen Erschwerung des Wahlverfahrens von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen zu können. Die Gewährung von Urlaub zu Wahlzwecken ist leider noch nicht gesetzliche Vorschrift. Aber selbst da, wo er freiwillig gewährt wird, ist er mit Lohnverlusten verbunden, die sich in der teuren Zeit sehr fühlbar machen. Häufig ist es überhaupt nicht möglich, von den Unternehmern für solche Zwecke Urlaub zu erlangen. Besonders sind Schwierigkeiten dort zu erwarten, wo die Beteiligten verschiedene politische Ansichten vertreten. Jedes die arbeitenden Wählerkreise über das geltende Wahlrecht hinaus benachteiligende Hindernis

wird ausgeschlossen, wenn die Wahl in eine Zeit verlegt wird, über die auch der abhängige Wähler nach eigenem Belieben verfügen darf. Das ist aber nur nach Feierabend in der von uns vorgeschlagenen Frist möglich.

Die Stadt Danzig ist diesen Gründen bereits gefolgt und hat die Wahlzeit auf den Abend verlegt. Die von uns empfohlene Dauer des Wahlzuges schließt sich an diejenige an, die in Danzig bereits im Jahre 1908 für die 3. Abteilung gegolten hat. Damals wurde von dieser Wählerklasse von 12—3 Uhr nachm. gewählt. Bei der größeren Wahlbeteiligung, die am Abend zu erwarten ist, rechtfertigt sich die von uns vorgeschlagene nur wenig längere Dauer der Wahlzeit.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee des Landtagswahlkreises Danzig. J. A. Julius Gehl.

Großer Unmut herrscht unter den Arbeitern der Gewerkschaft, die im verflorenen Winter durch Vermittlung der Direktion und des Arbeiterausschusses Kohlen bezogen haben. Eine Anzahl Arbeiter ließen sich durch Vermittlung mehrerer Mitglieder des Ausschusses die Kohlen gleich vom Wagon von dem Expedienten J. B o h l g e m u t h anfahren. Dadurch stellten sich die Preise billiger, als wenn die Abfuhr erst vom Fabrikhof erfolgt wäre. Doch wurden Klagen laut, daß nicht immer das richtige Quantum geliefert wurde. Beschwerden sollten nicht berücksichtigt worden sein. In der Hauptsache wurde geflagt, daß die Kohlen für mehrere Bezieger ungenügend abgeteilt auf einem Wagon befördert wurden. Dabei sollte mancher zu kurz gekommen sein. Bestellt und bezahlt mußten auch diese Kohlen bei der Direktion werden.

Am 2. April vranstreckten nun fünf Mitglieder des Arbeiterausschusses, der aus neun Personen besteht, in Lokale von Kaminski in der Großen Schwalbengasse mit nur einem Teil der Kohlenbezieher ein angelegliches Kohlenfest. Es machte schon böses Blut, daß nicht alle, die durch Wohlgegnut bezogen hatten, dazu geladen wurden. Die Vorgänge bei diesem „Fest“ schufen noch größere Erregung. Die Ausschussmitglieder sollen 123 Mark zur Verfügung gehabt haben. Diese sollen der Erlös für die Kohlen sein, die in den Waggon über das vereinbarte Quantum enthielten waren. Von dem Gelde sollen die fünf Mitglieder des Ausschusses für sich selbst 50 Mark reserviert haben. Weitere etwas über 40 Mark sollen auf der Stelle in alkoholischen Getränken und Zigarren umgelegt sein. Den Rest sollen zwei Inwaliden erhalten haben, die die Abfuhr auf dem Bahnhofe beaufsichtigten. Ein Arbeiter, der diese Verteilung beanstandete und Ersatz für mehrere Zentner Kohlen, die er zu wenig erhalten haben wollte, forderte, soll hinausgewiesen sein. Von diesen Vorgängen soll die Direktion schon offizielle Mitteilung erhalten haben. Es sieht also zu erwarten, daß eine Untersuchung erfolgt, die die Arbeiter beruhigt.

Sollte sich das sogenannte „Kohlenfest“ wirklich in der behaupteten Weise abgespielt haben, so verdient es nachdrücklichen Widerspruch. Hat der Kohlenbezug wirklich den behaupteten Ueberschuß, dessen Entstehung uns nicht genügend aufgeklärt scheint, gebracht, so müßte er doch allen Beziehern in gleichem Maße zugute kommen, da das Geld doch wohl nur von der Direktion gezahlt sein kann, so hätte diese von vornherein für eine einwandfreie Verteilung sorgen müssen.

**Nummerlose Hausagrarien.** Der Hebermut der Hausagrarien kennt keine Grenzen. In der letzten Generaterversammlung des Haus- und Grundbesitzer-Bereins forderten 30 Mitglieder einen Protest gegen die ungesegliche Höhe der Grund- und Gebäudesteuer. Diese Ungeseglichkeit sah ihre Bescheidenheit darin, daß diese Zuschläge 255 Prozent betragen und die zur Einkommensteuer nur 220 Prozent. Die Protestierer forderten, man sollte vom Bezirksausschuß verlangen, daß er den Danziger Etat nur dann genehmige, wenn die Grundsteuer um 15 Prozent herabgesetzt und die Einkommensteuer ebenfalls erhöht werde!

Die klügeren Leute unter den organisierten Mietsengeln rieten dringend von dieser ungeschickten Demaskierung ab. Sie machten gegenüber der „Ungeklärtheit“ darauf aufmerksam, daß die Aufsichtsbehörde eher auf die Steigerung der Realsteuern hinwirke. Besonders bliesen sie deshalb zum Mißzuge, weil die breiten Massen schon jetzt nicht günstig über die Hausbesitzer urteilen und nur noch mehr erbittert werden würden. Der Antrag wurde denn auch vorläufig abgelehnt.

Also nur die Angst vor dem Erwachen der ausgeplünderten Mieter zögelt ein wenig die Unerfälligkeit der Hauspaganden. Die Klage über ihre zu starke Besteuerung ist ein um so stärkeres Stück, als ihnen sämtliche Steuern von den Mietern bezahlt werden müssen. Die Arbeiter müssen aber auch nur deshalb den horrenden Zuschlag von 220 Prozent zur Einkommensteuer zahlen, weil die Hausagrarien sogar die mit 65 000 Mark veranschlagte Wertzuwachssteuer zu Fall brachten. Und dann sorgte der sozialpolitische Kommerzienrat Münsterberg besonders dafür, daß den Hausbesitzern ein Steuerzuschlag von 50 000 Mark erlassen und dafür der 220 prozentige Zuschlag auf Lohn- und Einkommen gelegt wurde! Trotzdem hört das Gefühl der Mietsplünderer über unerträgliche Steuerbelastung nicht auf. Und keine bürgerliche Zeitung bringt den Mut auf, die Ausbeuter des Wohnungsbedürfnisses in ihre Schranken zu weisen.

Der gelbe Schloffer Paris ist seit dem 31. März nicht mehr in der Waggonfabrik beschäftigt. Er ging nicht freiwillig von dort, sondern wurde gegangen. Es soll bei seiner praktischen Tätigkeit von seinen Vorgesetzten die Beobachtung gemacht worden sein, daß gelbe Arbeitswilligkeit sich nicht immer in eifrigen Anstrengungen ausdrückt. Arbeiter der Waggonfabrik haben an seinem Beispiel bewundert, mit welcher — philosophischen Ruhe gelbe Begeisterung verbunden sein kann. Es wird vermutet, daß Paris in einem Staatsbetriebe eine neue Stätte seines nützlichen Wirkens erhält.

## Voranzeige.

Sonnabend, den  
12. April a. c.

# Eröffnung

des Herren-, Knaben- und  
Arbeiter-Garderobengeschäfts

von

# Siegfried Jüttner, Danzig

Altstädtischer Graben 93, vis-à-vis der Markthalle.

Warten Sie bitte mit Ihrem Einkauf bis zum Erscheinen meiner Spezialofferte.



Am Mittwoch hielt der Bauernvereins-Verein für Danzig und Umgebung im Kaiserhof seine Versammlung ab. Es war wieder wie stets in letzter Zeit eine reichhaltige Tagesordnung vorhanden. Ein hochinteressanter Vortrag über Festsetzung wurde von Herrn Krüger gehalten. Drei neue Mitglieder wurden aufgenommen, die Herren Karl Ueha, Ferdinand Späth, Leibe Neubauer Kolonie und Herr Reinhold Weibel, Oliva. Den Bericht über den Verbandstag erstattete Herr Krüger und berichtete gleichzeitig, daß die diesjährige Verbands-Ausstellung vom Danziger Neufahrwasser Verein übernommen wurde und hier im St. Johannis-Kaufhaus stattfinden wird. Hierauf wird zur Wahl eines Kassierers geschritten, da Herr Krüger das Amt niederlegt, gewählt wurde Herr Harig. Als Kassenrevisoren an Stelle des verstorbenen Kassenrevisors Vorschlag werden die Herren Dannehl und Baumgard gewählt. Zu der vom 10.-12. Mai vorm. in Saar Tor stattfindenden landwirtschaftlichen Ausstellung soll, da wir durch den Verband der Landwirtschaftskammer angezogen sind, und deshalb ausstellen können, ein Preis gestiftet werden. Das Verzeichnis wird dem Vorstand überlassen. Bei der Gratulationsfeier erhielten Herr Vöhring und Frau einen Gehalt. Hierauf wurden noch die zehn Gebote für Röntgen in Konduktionsstellen-Vereinen verlesen. Nachdem noch Jüchters Freund und Leid zur Weltung gekommen war, wurde die Versammlung um 11<sup>1/2</sup> Uhr geschlossen. Nächste Sitzung 30. April.

### Bewerkschaftsbewegung.

Die örtlichen Verhandlungen im Bauernwerke, die nach dem Vorschlag der Unparteilichen und der Zustimmung der Parteien bis zum 19. April beendet sein müssen, haben in der Woche nach Ostern ihren Anfang genommen. Da die Vorschläge der Unparteilichen zu dem Hauptvertrag und dem Vertragsmuster als ein untrennbares Ganzes angesehen werden müssen, so bleibt den örtlichen Verhandlungen nur vorbehalten, die Festsetzung der Löhne und Arbeitszeit für die neue Vertragszeit, die Einteilung der Arbeitszeit und der Rausen und die Regelung sonstiger örtlicher Dinge. Im Vordergrund dieser Verhandlungen steht natürlich die Entscheidung über die Lohnerhöhung und über die Arbeitszeitverkürzung. Über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen wird uns, soweit dies für die hiesigen Landesteile in Betracht kommt, wie folgt berichtet:

In Königsberg i. Pr. ist eine Einigung erzielt. Die Erhöhung des Stundenlohnes beträgt 2, 3, 5 Pfennig, zusammen 10 Pfennig auf die dreijährige Vertragsdauer (für Hilfsarbeiter 12 Pfennig). Arbeitszeit 9<sup>1/2</sup> Stunden (bisher 10 Stunden) täglich.

Für Pommern liegen aus einer Anzahl Orten die Angebote der Unternehmer vor. In Stettin sind für Gefellen 5 Pfennig, für Hilfsarbeiter 3 Pfennig auf eine Vertragsdauer von drei Jahren verteilt, angeboten. Danach würde bis zum Jahre 1918 der Gefellenlohn auf 65 und der für Hilfsarbeiter auf 47 Pfennig steigen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit haben die Unternehmer grundsätzlich abgelehnt. Eine Einigung ist nicht erzielt. Für das Vertragsgebiet Udenitz, Wasewalder, Jahnia haben die Unternehmer für Maurer und Hilfsarbeiter die gleiche Erhöhung von 8 Pfennig pro Stunde, verteilt auf die Vertragsdauer, angeboten. (Malk- und Steinträger sollen mit 5 Pfennig über den Lohn der Hilfsarbeiter, der zünftig 35 Pfennig beträgt, entlohnt werden.) Dieses Angebot kompensieren die Unternehmer mit der Forderung auf Befestigung der bisherigen Landgelddzusage. Dadurch verringert sich das Angebot ganz allgemein um 3<sup>1/2</sup> Pfennig für die Hälfte der Orte des Vertragsgebiets. In Partz sind 3 Pfennig Lohnerhöhung und 3 Pfennig Landgeld (bisher waren es nur 2 Pfennig) geboten. Befordert werden 5 Pfennig. Der jetzige Lohn beträgt 47, resp. 37 Pfennig. Für Grimmen und Triebsee wurden 3 Pfennig geboten und das bisherige Landgeld von 4 Pfennig; Hilfsarbeiter sollen vom Tarifvertrag ausgeschlossen sein. Für Richtenberg, Grenzburg werden geboten 3 Pfennig und das bisherige Landgeld, das 2 Pfennig beträgt; Hilfsarbeiter sollen mit 10 Pfennig unter dem Gefellenlohn in das Vertragsverhältnis aufgenommen werden, aber keine Landgelddzusage erhalten. In diesem Gebiet hat der „Rühmlich“ bekannt gewordene „Pommersche Bauernverband“ bei den Angeboten der Unternehmer Gewässer gestanden.

Organisationsfeindliche Schnapsfabrikanten. Große Mühe und jahrelange Agitationsarbeit haben trotz des organisationsfeindlichen Verhaltens der Unternehmer es vermocht, eine Anzahl Brennerarbeiten von Stettin und Umgebung der Organisation zuzuführen. In letzter Zeit ist es auch schon zu einem Tarifabschluß mit der Firma Jütemöller in Stettin gekommen. Aber die anderen Unternehmer stehen noch auf dem unerfährtesten Hyerrenlandpunkt. Haben sie es auch nicht verhindern können, daß sich ein Teil ihrer Arbeiter der Organisation anschließen, so behandeln sie diese doch in einer solchen brüskierten Art, wie es die Grubenmagdolten faum fertig bringen; namentlich die Firmen C. H. König in Stettin und Karl Stahl in Gütersloh, die zusammen 50 Arbeiter beschäftigen. Auf eingereichte Forderungen zur Verbesserung der noch sehr rückständigen Arbeits- und Lohnverhältnisse fiel es den Herren gar nicht ein, zu antworten, auch auf mehrfache Erinnerungen nicht, und bei verfruchteter Vorprache wurde dem Vertreter der Organisation erklärt, man sei für ihn nicht zu sprechen. Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, dem die organi-

sierten Arbeiter dieser Betriebe angehören, wird alles daran setzen, die Organisation auch in diesen Betrieben so auszubauen, daß die Herren genötigt sein werden, mit sich sprechen zu lassen.

Zum Streik in der Binnenhäfen. Der Streik scheint im größten Umfang anzunehmen. Die Hafnarbeiter in den Umschlagplätzen werden mit in die Bewegung hineingezogen. Von den Hafnarbeitern wird verlangt, daß sie Arbeiten verrichten sollen, die sonst vom Schiffspersonal verrichtet wurden. Die Arbeiter lehnen deshalb die Arbeit auf den Schiffen ab und verweigern Heberstunden und Sonntagsarbeit. Es ist deswegen an verschiedenen Plätzen schon zur Arbeitseinstellung gekommen.

Die streikenden christlichen Jäger weigern sich, die Aufforderung ihrer Führer, die Arbeit aufzunehmen, nachzukommen. Die Betriebe sind am 3. April geöffnet worden. Die Auslieferung ist damit aufgehoben. Nicht ein einziger christlicher Jäger ist zum Streik übergegangen. Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat beschlossen, alle im Streik ausstehenden christlichen Jäger auf Forderungen zu unterstützen. Die Regierung hat 150 Gendarmen in das Streikgebiet beordert.

### Genossenschaftsbewegung.

Inkongruente Gemeindeväter. Nachdem die sächsische Gebietsreform die Befestigung der hohen Umsatzsteuer zum Jahre 1918 beschlossen hat, sind eine Reihe Gemeinden schon jetzt darangegangen, sie völlig zu beseitigen. Dazu gehört auch die Stadt Ritzberg, wo der Konsumverein Wilsau eine Filiale besitzt. Leider ist die Freude über den Beschluß der Stadtverordneten nur von kurzer Dauer. Der Rat ist dem Beschluß auf Aufhebung der Umsatzsteuer nicht beigetreten, weshalb eine gemeinschaftliche Sitzung beider Kollegien stattfand, die sich erneut mit der Frage beschäftigte. Die Mehrheit der Stadtverordneten fiel um und beschloß, Steuer weiter zu erheben, jedoch nur zur Hälfte. Ein ähnlicher Vorgang spielte sich in Bischofshelm (Hessen) ab. Dort hatte Gemeinderat auf ein Gesetz des Mainzer Konsumvereins geschlossen, dessen Filiale von der Filialsteuer zu befreien. Die Kreisämter wurden nun dieser Beschluß zu nochmaliger Verhandlung zurückgewiesen. Mit eis gegen zwei Stimmen haben nun Stadtverordneten ihren Beschluß umgestoßen. Bei dieser Steuer handelt es sich nicht um Zweckmäßigkeit, sondern grundsätzliche Fragen. Das in den genannten Fällen liebt Verfahren läßt davon nichts erkennen. So kann man Dinge auch mit dem beliebigen Spiel der beiden Daumen entscheiden — rückwärts, ganz wie es gewünscht wird!

**Rudolf Brzezinski**  
Holzmarkt 24  
Neubau  
Ecke  
Breitg.

## Feinste Maßanfertigung

nach Wahl aus prima englischen oder deutschen Stoffen

Warceng-Anzug mit gestreift. Stoff, 1 reihig von Mk.	52 <sup>00</sup> an	Sport- oder Frühjahrs-Jackett von Mk.	45 <sup>00</sup> an
Warceng-Anzug mit gestreift. Stoff, 2 reihig von Mk.	55 <sup>00</sup> an	Sport- oder Frühjahrs-Blazer auf Seide von Mk.	55 <sup>00</sup> an
Entwurf u. Bekle mit gestreift. Stoff von Mk.	65 <sup>00</sup> an	Beinkleider in neuesten Mustern von Mk.	15 <sup>00</sup> an

**Rudolf Brzezinski**  
Holzmarkt 24  
Neubau  
Ecke  
Breitg.

## Stadt-Theater.

Dienstag, den 8. April, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
Auser Abonnement. Dasselbepartout D. 2.

### Alt-Heidelberg.

Mittwoch, den 9. April, abends 7 Uhr. Auser Abonnements. Dasselbepartout E. 2. **Siegfried** von Richard Wagner

Donnerstag, den 10. April, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr. Auser Dasselbepartout. **Abonnement.** Besuch für Herrn Rothe. **Die schöne Ungarin.**

Freitag, den 11. April, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr. Auser Abonnement Dasselbepartout A. 1. **Ein Walzertraum.**

Sonnabend, den 13. April, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr. Abonnements-Vorstellung Dasselbepartout B. 1. **Klassiker-Vorstellung.** Bei ermäßigten Preisen. **Hebbel-Feier. Genoveva.** Tragödie von Friedrich Hebbel.

Sonntag, den 12. April, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr. Auser Abonnements. Dasselbepartout C. 1. **Die schöne Ungarin.**

Montag, den 14. April, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr. Abonnements-Vorstellung. Dasselbepartout D. 1. **Der Maskenball.** Große Oper in fünf Akten von Verdi.

Ausführliche Theaterprogramme à 10 Pfg. im Theater erhältlich

## Sozialdemokr. Verein Danzig-Stadt.

Freitag, den 11. April 1913, abends 8 Uhr

### Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

im großen Saale des Herrn Steppuhn in Schildh.

Tagesordnung: 1. Preuentag und Landtagswahlen. Referent: Genosse Bartel. 2. Antrag der Parteileitung auf Anstellung eines Parteisekretärs für Danzig-Stadt u. Danzig-Land. 3. Beschluß über den Sekretariatsbeitrag. Berichterstatter Genosse Sellin. 4. Verschiedenes.

Die Parteileitung. J. U.: Eugen Sellin.

### Sämtliche Partei- und Gewerkschafts-Literatur

empfiehlt Buchhandlung „Volkswacht“, Danzig, Paradiesgasse 32.

## Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Danzig.

Das Verbandsbureau, Dominikswall Nr. 8, ist geöffnet

vormittags von 11-1 Uhr  
nachmittags von 5-7 Uhr

Der Zweigvereinsvorstand

## Gegen den Rüstungswahnsinn!

Sonntag, den 13. April, nachm 3 Uhr im Saale d. Herrn Steppuhn

### Große Protest-Versammlung.

Tagesordnung:

- Ein Attentat auf das deutsche Volk!  
Referent: Reichstagskandidat für Danzig-Stadt, Redakteur **Hans Markwald, Königsberg.**
- Freie Diskussion  
Parteilosen! Sorgf. für guten Besuch. Bei großem Andrang wird die Versammlung nach dem Garten verlegt.  
Die sozialdem. Parteileitung. J. U.: Eug. Sellin.

### Achtung! Handwerker und Arbeiter Achtung!

#### der männlichen Betriebe Danzigs!

Donnerstag, den 10. April, abends gleich nach Feierabend, findet im Saale des Herrn Beuster, Schuldammer 281, eine sehr wichtige

### Versammlung

Tagesordnung:

- Wie können die städtischen Arbeiter Mitbestimmungsrecht auf die Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erlangen? Referent: Kollege Maroke, Berlin.
- Freie Aussprache.
- Betriebsangelegenheiten

Der Einberuener.

## Achtung! Landwirte!

### Ein Triumph deutscher Kartoffelzucht!

#### Kartoffel-Neuheit „Epreß“

Die feinste und ertragreichste mittelspäte Kartoffel der Gegenwart liefert den kolossalen Ertrag von 221 Zentner pro Morgen = 4 Hektar „Epreß“, erregte auf Kartoffel-Ausstellungen und besonders unter Landwirten und Gärtnern durch seine außerordentliche Ertragsfähigkeit in den verschiedensten Bodenklassen berechtigtes Aufsehen. Schon Anfang August vollkommen ausgereift, findet sie auf dem Markt einen überaus guten und schnellen Absatz. Durchschnittsertrag am Busch 35-40 gesunde, kräftige Früchte. Die Aneke ist rund, hat flachliegende Augen und gelblich-weißes, prächtig schmeckendes Fleisch. Bekocht ist sie sehr mehlig und von einem pikanten Nachgeschmack. Eine vorzügliche Tafelqualität. In der Nähe von Erfurt wurden von dieser Neuheit Anfang August 221 Zentner geerntet, ein Ertrag, welchen bis jetzt keine andere Sorte aufweisen kann. Es liegt daher im Interesse eines jeden Landwirts, sich den Anbau dieser für die Landwirtschaft so wertvollen „Epreß-Kartoffel“ zu Nuge zu machen.

Ich versende per Nachnahme in prima Packungen, so lange Vorrat: 100 Kilogr. 26 Mk., 50 Kilogr. 14 Mk., 25 Kilogr. 8 Mk., 10 Kilogr. 4 Mk., 5 Kilogr. 2,40 Mk.

## K. Bogenhardt

### Kartoffel- und Getreide-Export

Erfurt.

## Kredit

gewähre ich jedermann bei Entnahme von

# Möbeln

und Polsterwaren.

Größte Auswahl

### Komplette Musterzimmer.

#### Garderobe

für Herren, Damen und Kinder  
Kinderwagen zu billigsten Preisen.

Abzahlung 1 Mark  
pro Woche an  
Freie Lieferung

Das vornehme Kredithaus in Danzig

## Nic. Pindo Nachf.

# M. Grau

Danzig, 4 Holzmarkt 4

Verlangen Sie meinen Prackatalog.  
Zusendung gratis und franko.



## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 3. April.

Auf der Tagesordnung stehen Rechnungsachen. Dieselben werden die auf eine debattierbare Erörterung. Bei der Rechnung über den Haushalt der Schutzgebiete für das Jahr 1908 bemerkt Abg. Roske (Soz.): Wie mangelhaft unter Rechnungsweisen ist, geht daraus hervor, daß jetzt erst die Rechnung für 1908 zur Beratung komme und dabei nicht einmal völlig erledigt werden kann. In den Schutzgebieten ist toll gewirtschaftet worden. Der Reichstag muß es als ungehörig empfinden, daß Herr von Puttkamer für seine jahrelang betriebene Mißwirtschaft, die nur unter Mißachtung des Etatsrechts des Reichstags möglich war, unbestraft bleibt. Abg. Brabant (Vp.): Mein Lob des Herrn von Puttkamer bezog sich nicht auf seine Etatüberschreitungen. Er war nicht bürokratisch genug veranlagt um sie zu vermeiden. Damit schließt die Debatte. Für die Rechnung wird den von der Rechnungscommission beantragten Vorbehalten Entlastung erteilt.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahlen der Abg. Hüttmann (Soz.) und Werlo (Zentr.) werden ohne Debatte für gültig erklärt. Die Wahl des Abg. Derken (Rp.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären. Abg. Dr. Arendt (Rp.) beantragt, die Wahl an die Kommission zurück zu verweisen und bemerkt hierzu: der Grund weshalb die Kommission die Wahl für ungültig ansehe, nämlich, daß 412 Wähler (?) der Heilstätte Beelitz nicht in den Wahllisten aufgenommen worden sind, beweise nichts. Man müsse erst prüfen, ob diese auch Wähler gewesen seien. Als er in seinen weiteren Ausführungen der Kommission Rechtsbeugung vorwirft, erhält er vom Präsidenten einen Ordnungsruf. Die Abg. Schmidt-Melßen, Fischer und Stadthagen (Soz.), ebenfalls der Abg. Waldstein (Vp.) treten den Ausführungen Arendts entgegen, dem nur der Abg. von Brockhausen (Konf.) beispringt. Die Wahl des Abg. Derken (Rp.) wird mit 160 gegen 140 Stimmen für ungültig erklärt.

Es folgen Petitionen. Einige Verbände von Händlern fordern Maßnahmen gegen den geheimen Warenhandel. Die Kommission beantragt Überweisung zur Berücksichtigung, soweit die Petitionen Abhilfe gegen den geheimen Warenhandel bezwecken, und Übergang zur Tagesordnung, soweit die Einschränkung des Betriebes von Tabakfabrikaten durch Gast- und Schankwirte gefordert wird. Nach kurzer Debatte, an der sich die Abg. Brey (Soz.), der für Übergang zur Tagesordnung für beide Sorten von Petitionen ist, Sr. (Zentr.) und Schulenburg (Natl.) beteiligen, wird nach den Anträgen der Kommission beschlossen. Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr.

Sitzung vom 5. April.

Der letzte Sitzungstag vor Beginn der großen Debatte über die Wehr- und Deckungsvorlagen wurde fast völlig ausgefüllt mit einer Erörterung der Rechte der deutschen Volksvertretung. Beim Etat des Reichstags, der zur Verhandlung stand, beantragten die Nationalliberalen eine Abänderung des Diätengesetzes, die den Mitgliedern des Reichstages freie Eisenbahnfahrt für die ganze Legislaturperiode, statt, wie bisher, für die Session zuspricht. Der Antrag wurde nahezu einstimmig angenommen. Das ist freilich nicht das erste Mal, daß der Reichstag diesen berechtigten Wunsch ausspricht, dessen Erfüllung verhindern würde, daß die langen Beratungen von der Regierung mit politischen Zwecken verknüpft werden. Man deshalb auch jetzt den Zweifel haben, ob die Regierung endlich den notwendigen Respekt vor den selbstverständlichen Rechten des Parlaments haben wird.

In einer anderen Resolution verlangten die Nationalliberalen, daß die Wahlprüfungen dem Reichstage entzogen und einem unabhängigen Gerichtshof übergeben werden, den sich der Herr Professor v. Capper in seiner Begründung des Antrages als einen besonderen Senat eines Reichsverwaltungsgerichtes, bestehend aus Richtern und Abgeordneten, vorstellte. Der Antragsteller wies nämlich darauf hin, daß die Wahlprüfungen im Reichstage vielfach lediglich zu einer Frage der Macht geworden sind. Unsere Redner, die Genossen Stücken und Richard Fischer, nahmen von diesem Einverständnis Kenntnis; sie wandten sich indessen gegen die Zumutung, der Reichstag solle ein Recht aufgeben zugunsten von Richtern, in deren Unabhängigkeit er keineswegs Vertrauen haben könne. Für den Antrag sprach nur Herr Dr. Arendt, während die Fortschrittler seine Vorprüfung durch die Geschäftsordnungskommission vorschlugen. Dieser Vorschlag wurde auch mit unseren Stimmen angenommen.

Zum Schluß der Sitzung wurde aus dem Etat des Reichschatzamtens das Kapitel über die Veteranenbeihilfen erörtert. Auf Drängen des Reichstages soll endlich wenigstens eine geringe Erhöhung der bisher ganz lächerlichen Bezüge der Kriegsteilnehmer

erfolgen. Der Nationalliberale Prinz von Schönau-Carolath trat für ein Minimum von 150 Mark ein, das selbstverständlich auch nicht entfernt der elementaren Anstandsspflicht des Reiches genügen kann. Genosse Schöpflin unterstützte gerade diesen Gesichtspunkt und stellte die Behandlung der Veteranen im Gegensatz zu der Heftigkeit der Jubiläumsfeierlichkeiten und der Freigebigkeit der Militärvorlage. Die Debatte, die vertagt worden ist, wird erst später fortgesetzt werden, wenn die großen Debatten der nächsten Zeit vorüber sind.

## Preussisches Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 3. April.

Die Casselet im Abgeordnetenhaus. Der Streit darüber, ob die Juden in Preußen einen Grund zu patriotischen Demonstrationen im dynastischen Sinne und zur Verherrlichung des Junkertums im Ministerium und im Waffenrod haben, ging am Donnerstag im Dreiklassenhaus fort. Nochmals verfaßt Herr Casselet sein Recht, Hurrarufe auf Preußen auszubringen, und nochmals erwiderte ihm Genosse Hoffmann, daß Herr Casselet mit dieser Begeisterung nicht nur recht deplaziert wirke, sondern unter den preussischen Juden auch ziemlich vereinzelt dastehen dürfte. Immerhin gewann Herr Casselet aber für seine Glaubensstreue das bedeutliche Lob des konservativen Herrn Winkler, eines jener wenigen bürgerlichen Konservativen, die sich durch ganz außerordentlich reaktionäre Gesinnung der Klubgemeinschaft mit den Junkern würdig zu erwählen streben.

In einer mehrstündigen Debatte über den Fall Traub wurde das Verwaltungsverfahren des evangelischen Oberkirchenrats selbst von dem so gemäßigten nationalliberalen Herrn v. Campe und sogar von dem freikonservativen Landgerichtspräsidenten Bierer eifrig getadelt. Selbst der Minister ließ erkennen, daß er nicht mit allem dabei einverstanden sei. Mit der gebotenen Schärfe sprach Genosse Liebknecht über die Entwicklung der „evangelischen Freiheit“ zur bedingungslosen Unterwerfungsdiktatur und stellte fest, daß das vorherrschende Gefühl des Volkes in religiöser Beziehung das einer hervorragenden Gleichgültigkeit gegen diese Kirche ist.

Sitzung vom 4. April.

Die alte Buchsenherrlichkeit. Die Beratung über den Etat der preussischen Universitäten am Freitag im Dreiklassenhaus brachte unter anderem eine Besprechung über den Ministerstreik in Halle, der von verschiedenen bürgerlichen Rednern als ein Zeichen nationalen Selbstes (!) der Studentenschaft gelobt und selbst von dem gewiß streifenfeindlichen Minister v. Trott zu Solz nicht getadelt wurde. Auch sonst erfreute sich die chauvinistische Studentenschaft lebhafter Besprechung, während die schlimmen Studenten-trawalle in Marburg in dem freikonservativen Professor Bredt einen milden Fürsprecher fanden. Genosse Liebknecht war daher gezwungen, den angeblich so idealistischen Geist der deutschen nationalen Studenten etwas näher zu betrachten, und da er die „Kitterlichkeit“, die sich in Angriffen auf mehrlose Ausländer, in Sauf- und Raufereien und in einem byzantinischen Wettlauf gefüßt, entsprechend beaufachtete, so gab es einiges Wärmeln bei den Dreiklassenmännern und einige entrüstete Reden nachher. Der Eindruck der Liebknechtschen Rede wird aber darum nicht geringer sein, denn sie enthielt die Wahrheit.

Sitzung vom 5. April.

Die Mehrheit des Dreiklassenhauses hielt es wieder einmal für angebracht, in stiller Ertröstung zu machen. Die Rede, die Genosse Liebknecht am Freitag zu dem Kapitel „Universitäten“ gehalten hat, hat es dieser Gesellschaft angetan. Als ob jemals Dunkelmänner und Reaktionsäre Gefallen an der Wahrheit gehabt hätten! Daß Liebknecht ins Schwarze getroffen hat, lehrt am besten die Art und Weise, wie die Redner der Mehrheitsparteien am Sonnabend gegen ihn vorzugehen beliebten. Wenn man die Herren hört, dann muß man glauben, Liebknecht habe das schwerste Verbrechen begangen. Daß der Nationalliberale Heine ihm vorwarf, in den Staub gezogen zu haben, was jedem Patrioten heilig sei, wollen wir noch durchgehen lassen, solche Phrasen nimmt kein denkender Mensch tragisch. Mehr Gewicht ist schon den Ausführungen des Abgeordneten v. Savigny (Ztr.) beizumessen, aus dessen Worten ganz deutlich der Wunsch herausklang, die Rede Liebknechts zum Anlaß zu weiteren Verschärfungen der Geschäftsordnung zu benutzen. Es ist stets das gleiche Spiel. Die Mehrheit tritt provokatorisch auf, wobei das Zentrum gewöhnlich die Führung übernimmt, den Sozialdemokraten werden die Worte im Munde umgedreht, sie werden in der unanständigsten Weise beleidigt, und wenn sie dann in demselben Ton antworten, dann werden sie als die Friedensstörer hingestellt. Glaubst Herr v. Savigny wirklich, daß er ein Redner hat, den sozialdemokratischen Abgeordneten Mangel an Erziehung vorzuwerfen? Glaubst er, ernste Männer, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind, werfen sich das ruhig bieten lassen? Was gibt diesem ehemaligen Landrat

das Recht, sich als Erzieher von Abgeordneten aufzuspielen? Die ganzen Tiraden der Savigny und Genossen beweisen nur, daß die Herren sich nicht auf sachliches Gebiet begeben können und deshalb den bequemeren Weg der persönlichen Kampfweise wählen.

Selbstredend blieb Liebknecht der Meute, die auf ihn losgelassen war, die Antwort nicht schuldig. Treffend erwiderte er, daß die Angriffe auf ihn abprallen, und daß die Sozialdemokraten nicht in: Dreiklassenhaus geschickt sind, um den Begnern Lebenswürdigkeiten zu sagen, sondern um die Interessen des Proletariats zu vertreten. Mit Recht kritisierte er den heute in der Studentenschaft herrschenden Geist, der ein ganz anderer sei als vor hundert Jahren. Darin habe die Studentenschaft gegen das preussische Regiment protestiert, während sie sich heute zum großen Teil zu den herrschenden Klassen rechte und mit beitrage zur Unterdrückung des Proletariats. Am Montag wird die Beratung des Kultusetats fortgesetzt.

## Danzig.

Zentrumstrach. Die fromme Harmonie der Zentrumsschwarzen ist nie besonders fest gewesen. Neuerdings sind sich die Hellkogen um unter geliebtes „Westpreussisches Volksblatt“ aber besonders böse in die Härden geraten. Der frühere Eigentümer des schwarzen Verlags war der Druckereibesitzer Leo Boenig. Als der Verlag auf die geistliche Aktiengesellschaft Westpreussischer Verlag überging, belästigte Boenig in ihm den Posten als technischer Leiter. Da Boenig jedoch mit Ausschussrat um in Differenzen geriet, nahm er vor ungefähr einem Jahre „freiwillig“ Abschied. Nachdem er sich als Generalagent der Lübecker Lebensversicherung versucht hat, eröffnete Boenig am 1. April in nächster Nähe seines früheren Geschäfts, Frauengasse Nr. 37, wieder eine eigene Druckerei unter seiner alten Firma. Offenbar rechnet er wegen der großen Nachbarschaft stark darauf, daß manche Kunden lieber zu ihm als zu seiner geistlichen Konkurrenz gehen werden. Die Auseinandersetzungen, die dieser Trennung vorangingen, haben ziemlich heftige geschlagen. Die Aktiengesellschaft, die schon mit einem echt zentrumsheiligen Geschäftsführer unangenehme Erfahrungen machen mußte, ist wegen des Standes des Zentrumsschwarzen stark enttäuscht. Auch die unübertreffliche Redaktionsführung des aus Nachbarn bezogenen Rümme und hat sich aller geistlichen Nachhilfe das schwarze Blatt nicht auf die erhoffte Höhe gebracht. Man neigt daher zu der Ansicht, daß sich der frühere Verleger Boenig mindestens in der geschäftlichen Beurteilung des Blattes geirrt habe. Schließlich kam es dann zur Trennung. Diese Operation beweist auch, welcher Art die Geschäftsvergeßerung war, mit der das Jesuitenblatt die erste Maßregelung der fertorganisierten Buchdrucker fortzuschwindeln wollte.

Tuberkulose Ausstellung in der Westpreussischen Gewerbehalle. Wir werden ersucht, besonders die arbeitende Bevölkerung darauf hinzuweisen, daß gegenwärtig im großen Ausstellungssaale der Westpreussischen Gewerbehalle auf dem Schiffeldamm eine, von dem Westpreussischen Verein für öffentliche Gesundheitspflege veranstaltete Tuberkulose-Ausstellung arrangiert ist. Die Ausstellung ist täglich von 10 Uhr vormittags bis 10 Uhr geöfnet. Montag, Mittwoch und Freitag, abends 8 Uhr, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, finden ärztliche Führungen mit Vortrag statt. Wir können der organisierten Arbeiterchaft nur dringend den Besuch der Ausstellung anraten.

In der Danziger Oelmühle wurde am Montag vormittag der 40 Jahre alte Arbeiter Komorowski von dem Pfuffer eines Wagens totgedrückt. — Am Sonnabend stürzte die 47 jährige Waisfrau Dittke Bon in dem Hause Heiligegeistgasse 17 aus der dritten Etage die Treppen herunter. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb die Frau. Sie hatte einen Schädelbruch erlitten, der den Tod herbeiführte.

## Aus Westpreußen.

Heubude. Die Gastwirte Peters, Kantbad und Woyt haben sich noch nicht bereit erklärt, den organisierten Arbeitern ihre Lokalkäse zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen. In dem wir darauf hinweisen, bitten wir unsere Genossen, dringend dafür zu sorgen, daß in diesen Lokalen kein Genosse einkehrt, bis die Herren Gastwirte sich eines Besseren besonnen haben. Die Danziger Genossen bitten wir um tatkräftige Unterstützung. Der Vertrauensmann.

Ohra. Dreiklassige Volksknechtung und militärische Millionenplünderung. Mit diesem Thema beschäftigte sich eine Volksversammlung, die nach längerer Pause am Sonntag Nachmittag unter freiem Himmel im Garten „Zu-

## Preussischer Kommiß.

Soldatengeschichten von August Winnig.

121  
Nun konnte ich mir ein Bild von meinem Kollegen machen. Ich muß sagen, daß er in meinen Augen auch durch diese Erzählung nicht verloren hatte. Er war „leicht“, jedenfalls heißköllig, aber ich sah er brauchte er darum noch nicht zu sein.

Erst von der folgenden Woche an kamen wir zusammen. Die kleinen Zellen waren abgefertigt und wir gingen nun an die großen Stuben. Tagelang arbeiteten wir nebeneinander, ohne mehr zu sprechen, als die Handierung nötig machte. Das wurde erst anders, als das Wetter schöner wurde. Während der warmen Jahreszeit wurden nämlich die Einzelkäftlinge alle Morgen in den Hof getrieben, wo sie sich eine Stunde ergingen. Hierzu mußte alles, was vom Wachkommando vorhanden war, auf den Hof, der ringsum besetzt wurde; die Gensinen mit Bajonetten, die Unteroffiziere mit Karabinern schußbereit im Arm. Während dieser Zeit waren wir nun alle Morgen eine Stunde allein.

Als wir uns unserer Freiheit zum erstenmal erfreuten, kam Knüpfer plötzlich auf mich zu und rief mir den Pinsel aus der Hand. Ich war dabei, über die Tür eine Bekrönung zu malen.

„Laß den Mist hier fort“, herrschte er mich an, „Du brauchst das hier nicht besser zu machen als es ist!“  
Ich sah ihn an: „Was geht das Dich an? Du selber hast ja dem Feldwebel Mondschneinlandschaften an die Stubendecken gepinselt! Gib meiner Pinsel zurück!“

„Ins Gesicht! Ist Du ihn haben!“ rief er und wats mit den schmutzigen Wisch an den Kopf. Ich antwortete ihm mit Ohrfeigen. Er drang noch einmal auf mich ein, aber ich drückte den kraftlosen Menschen ohne große Mühe auf den Boden. Eigentlich fühlte ich Lust, ihm noch ein paar Hiebe zu geben, aber wie er so da lag, mit fluren Augen und heftig leuchtender Brust, tat er mir leid. Ich zog ihn wieder hoch und ging, ohne mich weiter um ihn zu kümmern, an meine Arbeit zurück.  
Nach einer Weile kam er, zupfte mich an der Jacke und sagte:

„Du wirst mich feindselig anseh: „Du wirst mich natürlich sofort melden?“

„Nein“, sagte ich über die Schulter hinweg, „ich melde Dich nicht.“  
„Warum willst Du es nicht tun?“  
„Das geht Dich nichts an.“  
„Ach ich verstehe; Du willst den Großmütigen, den Edelmann spielen!“

Ich wandte mich um: „Dein schmutziger Hohn könnte es mir freilich verleiden. Aber ich will es aus pädagogischen Gründen nicht tun, um Dir und Deinesgleichen zu zeigen, daß man auch hier innerlich ein Mensch bleiben kann.“

Knüpfer lachte schrill auf und ging fort. Bald kam er wieder und setzte sich neben mich, auf einen umgestülpten Eimer. Er nahm keine Mühe ab und spielte damit. Ich tat, als wenn er nicht da wäre, denn sein Lachen hatte mich sehr getränkt.

Nachdem er eine Weile gefressen hatte, sagte er plötzlich mit veränderter ruhiger Stimme: „Du bist im Irrtum. Du siehst die Dinge von Deinem Standpunkt an. Ich tat das früher auch einmal, aber in zwei Jahren kann man viel lernen und verlernen. Du mit Deinen sechs Wochen schüttest das hier ab, eine Episode ist es, weiter nichts. Nimm es für eine Krankheit. Das wäre ein schöner Schwächling, der keine sechs Wochen Bastion aushalten könnte! Aber zwei Jahre! Und vier Jahre! Und dann nicht bloß immer arbeiten, wie wir jetzt, nein, Einzelhaft, wo man außer der Zelle nichts weiter sieht a: aufgeschlagene Seilengewehre und ein Stückchen Himmel, so groß wie ein Schemmel. Und dann die Hoffnung, nach vier Jahren Bastion noch anderthalb Jahre in der Arbeiterabteilung geschliffen zu werden. Hast Du schon einmal daran gedacht?“

Ich antwortete nicht, sondern stand an die Wand gelehnt ihm gegenüber und sah ihn ruhig an. Er fuhr fort:

„Glaubst Du, ich hätte mir mein Gefühl so ruhig herausreißen lassen? Nein, ich habe es verteidigt, Stiefel für Stiefel! Und wie es gemein ist, das weiß nur ich allein. Da, in der Zelle i... Nachhof, wo es noch dunkler und stiller ist als in allen anderen, hat man es mir genommen. Ach, sie haben hier die Mittel dazu, einen ruhig zu

machen. Hunger und Kälte, wenn die Einsamkeit allein nicht hilft. Als ich fühlte, daß es mit mir schlimm wurde, das war nach fünf Monaten, da wurde ich fromm. Das werden sie hier alle, die meisten aber schon in der ersten Woche. Ich verlangte, in die Kapelle geführt zu werden. Da sah ich denn in einem engen Kasten mit einem vergitterten Loch, so groß wie diese Mühe, vor dem Loch stand ein Posten mit dem blanken Bajonett, und wenn ich aufstand, um den Pastor zu sehen, dann drehte der Posten sich um und gebot mir Ruhe, und der Pastor schimpfte von draußen. Das habe ich eine Zeitlang gemacht. Schließlich kam ich in die gemeinliche Haft, da glaubte ich wieder zu Stimmen zu kommen. Ja, sonstwas! Die Ueberwachung war noch schlimmer. In der Einzelhaft konnte ich wenigstens vor mich hin fluchen und schelten oder weinen, in der Stube und auf dem Arbeitsaal konnte ich auch das nicht mehr. Und alles wurde angepörr und dann gab es Strafen. Jetzt bin ich so oft mit Arrest bestraft, daß mich die Truppe nicht wieder annimmt.“

Er ging ans Fenster, daß in diesem Zimmer nur mit einem weiten Gitter verahrt war und sah hinaus. Es war die Rückseite der Bastion. Draußen waren die Wälle mit frischem Grün geschmückt, die im Morgenwinde schwankenden Birken hatten junge Röhgen angelegt, die Felder dehnten sich tiefbraun melieren weit aus, aus einzelnen Wäldern ragten die Dächer und Kirchtürme kleiner Dörfer hervor, und hinten, am Horizont, erhoben sich die dunkelblauen Rämme des Grenzgebirges. Ueber den frühlingshellen Himmel jagten einige weiße Vögel. Knüpfer winkte mich heran und wies auf die Landschaft: „Dies ist das schlimmste von allem. Ich werde verrückt, wenn ich daraufsehe, und doch weiß ich nichts Schöneres. Sieh, wie die Raben da oben fliegen!“

So standen wir lange und starren in die Weite. Wir sahen die Bauern pflügen, von Raben umkreist, die auf die Engerlinge warteten, sahen die Wagen die Straßen entlang zieher und Hunde herumlaufen. Endlich wandte ich mich ab; das Bild quälte mich. Knüpfer stand noch lange, mit großen glänzenden Augen in den Morgen starrend, bis das Läuten der Bastionsglocke das Ende der Freistunde anzeigte.

(Fortsetzung folgt.)



ein Pappot abgehalten wurde. Nicht an der Straße, in unmittelbarer Nähe der Eisenbahn, mußte es abgehalten werden. Jeder fernabstehende Zug zwang den Redner, Genossen, Partei, zur Unterbrechung. Die preussische, für alle Staatsbürger gleiche Freiheit konnte garnicht wirklamer bewiesen werden. Der Redner rechnete ab mit der plumpen Beschäftigungsfähigkeit des abgriechlich-kommandierenden Besetzungsbüchels, den die Zentrumsleute sogar in die Kommode einer Arbeiterdemonstration umzuwandeln mochten. Die nahe preussische Landtagswahl mußte in der großen Zahl der sozialdemokratischen Stimmen die große Empörung des Volkes über die vollständige Weibschamrechnung zeigen und dadurch der Dreiklassenwahl den Todesstoß versetzen. Der heimtückische Jesuitentum der zentralistischen Wahlrechtsveränderer mußte zur gründlichen Abrechnung mit den schwarzen Volksbetrüger führen. Bei der Kritik der neuen Abfängen gestellte der Redner, daß die griechische Kultur noch nicht einmal den barbarischen Zustand überwinden habe, daß die Raublust des Kapitalismus und die Unfähigkeit der Diplomatie der Herrschenden die unskuldigen Volksmassen zu maßhaltigen Massenanschlägen zusammenbringen könne. Dagegen zu protestieren durch den entschiedensten Widerstand gegen den Militarismus und Marinemoloch sei das schöne Vorrecht der Sozialdemokratie geworden. Sie allein streite unter dem Banner der kulturellen Fortschritt und der friedlichen Menschheitsentwicklung gegen die das Volk ausfoungende Kasernenklaverei. Genosse Bartel besprach auch die durch die letzten Prozesse geblähten beleuchteten besonderen Ohraer Verhältnisse in treffend satirischer Würdigung. Von dem in unserer letzten Nummer abgedruckten schmutzigen Schmähdrief eines feigen Hasenknack erklärte er, daß dieser unmöglich von einem Schreibunkundigen Arbeiter stammen könne. Er sei vielmehr von einem Manne geschrieben, der sehr feberig und viel und sich nur künstlich verstell habe. Die vom Genossen Brill geleitete Versammlung war wider Erwarten nicht sehr zahlreich überwacht. Hinter dem Baum des Nebengrundstückes soll aber ein Amtsfergeant in Zivil erkannt sein.

**Zoppot.** Der kommunale Krieg zwischen Magistrat und Stadtverordneten ist wieder in ein ernstes Stadium getreten. Seit Wenzelgebunden ist das angeblich moderne Zoppot eine Musterstätte praktischer bürgerlicher Gemeindeförderung.

Das prächtige Kurhaus mit der berühmten Millionengeheule, die Professor Weber jüngst sehr drastisch schilderte, und die herrlichen Badeanlagen für die goldbrohende Amüsierrasse decken eine soziale Rückständigkeit, die jeder Beschreibung spotten. Die von uns geschilderte Schule im Pferdestall ist ein leuchtendes Denkmal der bürgerlichen Förderung des Gemeinwohles. Im Dezember 1904 mußte sich der katholische Pfarrer Dr. Kreft gerichtlich verantworten, weil er die Arbeiterwohnungen als Hundebuden kennzeichnete und das Armenhaus in der Gerichtsstraße eine elende Bude nannte, die dem Ort zur Schmach und Schande gereiche. Er bezeichnete auch die Entschädigung der Nachtwächter als Hungerlohn. Die Folge war seine Verurteilung zu 50 Mark Strafe und die Strafverurteilung durch seine geistliche Behörde.

Als soziale Reform kann man diesen Ausgang wohl nicht ansehen. Er zeigt nur, wie es war und ist. Trotzdem erschöpfte sich die Tätigkeit der Gemeindeorgane nur zu häufig in fruchtlosen Eifersüchteleien. Es war durchaus nicht immer der Magistrat, der mit bürokratischer Engherzigkeit rückständige Zustände aufrecht erhielt. Die Kraft der tüchtigsten Gemeindebeamten war aber im ewigen Widerstreit mit spezialhafter Beschränktheit und cliquenhafter Interessenselbstsucht gebrochen. Wir haben schon so manchen Bürgermeister und Stadtrat in Zoppot kommen und gehen. Es blieb aber das Muster bürgerlicher Harmonie und unsozialer Rückständigkeit. Jetzt loht der Krieg zwischen Stadtverordneten und Magistrat wieder in heißen Flammen. In der Stadtverordnetenversammlung am 28. März wurde der im Abhluß 2684802 Mark umfassende Etat angenommen. Dann protestierte der Stadtverordnete Geheimrat Ehlers dagegen, daß der Magistrat dem Beschluß, die bisher nur technische Stadtbaumeisterstelle in ein Magistratsamt mit dem Titel Stadtbaurat umzuwandeln, nicht beigetreten war. Er verlangte, daß über den Magistrat beim Bezirksausschuß Beschwerde geführt werde. Ein vermittelnder Vorschlag des Zeitungsvorlegers Grobdeck fand keine Gegenliebe. Der Sanitätsrat Dr. Wagner und Ingenieur Ihn wollten den Magistrat nicht kniefällig um die Abgabe der Gründe bitten. Darauf wurde eine mildere Fassung Grobdecks mit 12 gegen 11 Stimmen abgelehnt und das Mißtrauensvotum mit 16 gegen 7 Stimmen angenommen. In beiden Fällen enthielt sich der Arzt Dr. Kalkbe der Stimme.

Dieser Arzt kennzeichnete in der vorletzten Stadtverordnetenversammlung die Richtlinien der Zoppoter Kommunalpolitik. Er forderte, daß der westpreussischen Friedensgesellschaft die bisherige Subvention von 300 Mark nicht mehr gegeben werden sollte, weil ihr Wirken zur Knochenweichung führe. Er verlangte, daß das Geld dem chauvinistisch hehenden Wehrverein gegeben werde. Der wütende Kriegeswut beruhigte sich erst, als ihm versichert wurde, daß die westpreussische Friedensgesellschaft sich überhaupt nicht um die Friedenspropaganda bemüht.

**Ebing.** Stadtverordnetenversammlung vom 4. April 1913. Die allgemein herrschenden Feuerungsverhältnisse werfen ihre Schatten auch in den Gemeindefürsorge. So mußte die gestrige Sitzung der Herren Stadträte eine Reihe Nachforderungen bewilligen, welche sämtlich mit Preis- und Kultursteigerungen begründet wurden. Traurig war es anzuhören, daß die Jünglinge des weiblichen Waisenheimes bisher nur trodenes Brot als Abendmahl erhalten haben, mit welchem Zustande nun endlich gedrohen werden und den an sich bedauerlichen Elternlosen ein etwas merklicheres Leben gewährt werden soll.

Die in voriger Sitzung bereits im Prinzip beschlossene Errichtung einer Stadtparkerei fand in der diesmaligen Sitzung ihre endgültige Erörterung. Dieselbe soll nach dem Neustädterfeld mit einem Kostenbetrage von 20.000 Mark angelegt werden. Zu diesem Betrage kommt noch die jährliche Grundstücksrente von 180 Mark und eine einmalige Entschädigung des jetzigen Landpächters von 83 Mark. Nunmehr wird hoffentlich die Ebinger Einwohnerzahl auf Rollen statt auf unweibaren Straßen wandeln können.

Eine lange aber inhaltlose Debatte entwickelte sich wegen Verlegung des Straßenbahngeleises in der Königsbergstraße. Es ist geradezu erträglich, wie manche Leute in kleinsten Dingen so ungemein groß sein können. Schließlich wurde doch nach dem Sturm im Wasserregal die Magistratsvorlage angenommen.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung konnten völlig die Schlaffheit herbeiführen. Etwas lebhafter ging es in der sich anschließenden geheimen Sitzung zu. Unter den Gratulationen beim Regierungsjubiläum Wilhelm des Zweiten will der Magistrat von Ebing nicht fehlen. Und zu einer Gratulation gehören auch Blumen und Torte. Weicher Art letztere Geschenke sind, darauf wird die Ebinger Arbeiterchaft im schärfsten Protest noch zurückzukommen haben.

**Colmar.** In der Stadtverordnetenversammlung wurde die endgültige Anstellung des Kammerassistenten Hein genehmigt. Die Herstellung eines neuen Ziehbrunnens am Wasserwerk

wurde von Herrn v. Hof in Bremen für 8078 Mark übertragen. Zur Errichtung einer Parkanlage neben der Schlachthauswiese wurden 1000 Mark bewilligt.

**Marlenburg.** Zu einem großen Straßenauflauf und Kravall kam es hier am Sonnabend nachmittags gegen 2 Uhr auf der Ganggasse in der Nähe des Hotels „Weißes Lamm“. Sechs Arbeiter, darunter ein Oesterreicher, der wegen seiner Gewalttätigkeiten der Polizei bereits häufig zu schaffen gemacht hat, beschäftigten auf dem Bürgersteig fortgesetzt Passanten, hielten sie an den Kleibern fest und ließen ihnen gute Schimpfwörter nach. Als ein Polizeibeamter erschien und dem wilden Treiben der angetrunkenen Burlesken ein Ende machen wollte, griffen sie den Beamten an. Inhab hier von seiner Waffe Gebrauch machen mußte. Als der Haupttrübschreiber verhaftet wurde, suchten ihn seine Zehntunpane zu befreien, was ihnen jedoch nicht gelang, da der Inhabsterte zunächst in das Weibische Haus gebracht wurde, wo er von mehreren Besitzern eine zeitlang festgehalten wurde. Inzwischen waren auf telephonische Benachrichtigung noch zwei Polizeibeamte erschienen, die gegen die Madoubrüder energisch vorgingen und alle sechs gefesselt zur Wache brachten. Was der Alkoholgeißel nicht alles zuwege bringt. (Marlenb. Blg.)

**Marlenwerder.** Landrat Hagemann ist vom 5. April bis zum 10. Mai beurlaubt und begibt sich zur Kur nach Karlsbad. Mit seiner Vertretung sind die Kreisdeputierten, Herr Butschliher Belling-Rungenbors bis zum 20. April, Herr Gutsbesitzer Pohlmann-Rohnale vom 21. April ab betraut worden. — Der nächste Vieh- und Pferdemarkt findet hier am 15. April statt.

**Graudenz.** Unglaubliche Gerüchte über angelegte Unterschlagungen des Küsters der hiesigen katholischen Kirche kursieren hier schon seit Wochen. Er soll größere Summen man spricht von 21.000 Mark, einstragend angelegt haben, obwohl kein Einkommen solche Einlagen nicht erlaubt. Auch wird ihm der Vorwurf der Hehlerlei gemacht. Sein Bruder, der bei einem hiesigen Großkaufmann beschäftigt war und dessen unbegrenztes Vertrauen genoss, soll größere Posten Waren entwendet und ihm zur Aufbewahrung gegeben haben. Er soll die Kirche für den geeigneten Platz zur Sicherung des unredlich erworbenen Gutes gehalten haben. Bei einer Kirchenrevision sollen frühe Fuhlpurser auf einer stark bestaubten Treppe gefunden sein und diese sollen zur Aufdeckung der Betrügereien geführt haben. Es wird auch behauptet, daß der Küster Opferkisten erbrochen und sich den Inhalt angeeignet haben soll. Wir geben diese sehr bestimmt auftretenden Gerüchte mit aller Reserve einzig in der Absicht wieder, die sehr wünschenswerte Aufklärung im Interesse aller Beteiligten zu veranlassen.

**Thorn.** Das konsumierende Publikum aller Orts kennt genügend die Thorer Honigkuchenfabrikate. Honigkuchen, Steinplaster, Katharinen usw. sauber, appetitlich verpackt, sind die ständige Verkaufsware auf den Märkten der Großstädte und in den Warenhäusern. Die schmuckhafte Süßigkeit wird vom Publikum gerne gekauft und bringt den Fabrikanten enorme Gewinne. Weese, Thomas und andere Unternehmer sind reiche Leute geworden, nur wer von dem Reichtum nichts bekommt, sind die Arbeiter, die in den Zweigen dieser gewinnbringenden Warenproduktion beschäftigt werden. An der Außenseite des Fabrikgebäudes hängt ein vergoldetes Schild, das verriet, daß der Fabrikant ein königlicher Hoflieferant ist. Stolz sind die Herren auf das verleihe güldene Schild. Es soll Glanz und Gewinn des Unternehmers erhöhen. Das Unternehmertum versteht es vorzüglich, solche Fiktionen als Vorteile für sich auszunutzen. Doch der oberflächliche Glanz schwindet sofort, wenn man das Tor durchschreitet. Das Auge findet in den Kellern und anderen Räumen keine ruhige Befriedigung, sondern in der ausgeprägtesten Form, das kapitalistische Ausbeutungsmaxime. Hier findet man ausgemergelte, müdegearbeitete, an Unterernährung leidende Gestalten, Männer, alte und junge, Frauen und Mädchen, die in hilfloser Weise im Kampfe um die Erhaltung ihres Lebens im Joche des Kapitalismus fronden.

Das Unternehmertum im allgemeinen hat es verstanden, die Arbeiterchaft durch Zwang und Gewaltmittel von der gewerkschaftlichen Betätigung fernzuhalten. Die Arbeiter des Hoflieferanten durften nur der von den Fabrikherren erlaubten Organisation beitreten, die im Ernste gar nicht daran denkt, nachdrücklich die Interessen der Arbeiterchaft zu vertreten. Durch diese ungezügelt, absolutistische Putschwirtschaft sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie auch die Behandlung in diesen Fabriken derartig, daß sie jeder Beschreibung spotten. Löhne von 12,50 Mark, ja sogar von 7-8 Mark pro Woche für Familienväter sind Durchschnittslöhne. Mädchen und Frauen verdienen 8 und 9 Pfennig die Stunde, also 80-90 Pfennige pro Tag. Mit diesem Verdienst muß sich die Arbeiterchaft, trotz der permanenten Teuerung im Lande, begnügen.

Am Sonntag, den 30. März hatte der Zentralverband eine Versammlung dieser Arbeitergruppe einberufen. Dem Unternehmer Hermann Thomas ging das über die Hutshnur. Er schickte Spindel in die Versammlung, um feststellen zu können, wer von den Arbeitern sich eventuell an der Versammlung beteiligte. Der Polizeibeamte Kadel ging sogar in die Fabrikräume hinein und nahm den Arbeitern und Arbeiterinnen die Einladungszettel ab. Das Lokal wurde uns auch abgetrieben. Während Herr Hermann Thomas in dieser Hinsicht ein wachjames Auge hat, befreitigt er sich garnicht zuweilen mit den Arbeitern in anständiger Weise zu verkehren. Wir werden dieses Kapitel einmischen zurücklassen und wollen abwarten, wie in der kommenden Zeit sich dieser Herr benahmen wird. Der Stein ist trotz aller dieser Schikane ins Rollen gekommen und es wird sich nun zeigen, wer der Stärkste auf dem Kampfbühne bleiben wird. Den Herren Weese und Hermann Thomas werden wir beweisen, daß sie das Koalitionsrecht der Arbeiter zu respektieren haben. Wenn sie es nicht wollen, so werden sie jedenfalls auf einen Teil des Abzuges ihrer Produkte verzichten müssen.

Der Anfang ist gemacht, nun heißt es vorwärts, damit auch diese Klasse der Unterdrückten zur wirtschaftlichen und politischen Freiheit geführt werden kann.

### Letzte Nachrichten.

**Protestversammlungen in Berlin.** In 61 überfüllten Volksversammlungen protestierte am Sonntag das Berliner Proletariat gegen die neue Heeresvorlage und wurde in allen Versammlungen nachstehende Resolution angenommen:

Die Versammlung spricht ihr Entschlossen und ihre Entschlossenheit über die ungeheuerlichen Forderungen aus, die auf das Kommando des Generals hin von der Regierung dem deutschen Volk angeordnet werden. Sie erblickt in dem sinnlosen Betrug eine neue Versuchung der chronischen Kriegsgesellschaft, ein Attentat auf den Kulturfortschritt und die Entwicklungsmöglichkeit der Nationen. Sie verurteilt prinzipiell das ganze militaristische System und fordert seine Ersetzung durch das Sozialistische System, die freie Volkswirtschaft.

Die Versammlung erklärt die Militärdenkmalgewandung für nationalistische Zwecke für eine nachhaltige Schädigung der deutschen Volkswirtschaft, durch die auf alle Fälle die Arbeiterchaft schwer

betroffen wird. Sie erklärt die Deduktionsvorläge der Regierung für völlig unannehmbar, für eine verwerfliche Verschärfung des Besteuerungsgebührens. Sie brandmarkt insbesondere den Versuch, den Reichstag des gleichen Stimmrechts um sein Steuerrecht zu bringen und an seine Stelle die Steuerherrschaft der Privilegienlandtage zu setzen. Die Versammlung begrüßt mit Begeisterung den bewunderungswürdigen Widerstand, den insbesondere die französische Sozialdemokratie dem militaristischen Plänen entgegensetzt und gelobt in lieb, reinfindung und in brüderlicher Solidarität mit der ganzen Arbeiter-Internationale den Kampf gegen den Militarismus mit aller Energie fortzuführen.

### Zur Landtagswahl.

Danzig Land. Kreis Danziger Nieder... Der Landrat des Kreises hat die Abgrenzung der Wahlbezirke und die Zahl der in jedem dieser Bezirke zu wählenden Wahlmänner beauftragt. Die Ausschreibung der Neuwahlen für das Haus der Abgeordneten 1913 in Nr. 29 des „Kreis- und Anzeiger-Blattes Kreis Danziger Niederung“ bekannt gegeben.

Danach sind vorhanden 33 Wahlbezirke, in denen 137 Wahlmänner zu wählen sind.

Die Wahlbezirkseinteilung ist folgende:

1. Wahlbezirk: Narmeln, Neutrug, Forsthaus Neutrug, Voogiers, Kahlberg-Weg, Veuchstum Kahlberg, Forsthaus Weg, Forsthaus Schmergrube, Fröbbernu, Forsthaus Fröbbernu, Gefangenen-Barmten Schmergrube. — 1358 Seelen, 5 Wahlmänner.
2. Wahlbezirk: Bogelsang, Bodenwinkel, Forsthaus Bodenwinkel. — 1285 Seelen, 5 Wahlmänner.
3. und 4. Wahlbezirk: Stuthof, Gemeinbe. — 2347 Seelen, 9 Wahlmänner.
5. Wahlbezirk: Gemeinde Steegen, Oberförsterei Steegen, Forsthaus Steegen. — 1315 Seelen, 5 Wahlmänner.
6. Wahlbezirk: Gut Stuthof, Forsthaus Stuthof, Großschlammpe, Haus- und Waschlammpe, Neutruigerstampe, Poppau, Glabitsch. — 793 Seelen, 3 Wahlmänner.
7. Wahlbezirk: Filscherbarte, Juntertrugshof, Steegnerwerder, Fielwald. — 787 Seelen, 3 Wahlmänner.
8. Wahlbezirk: Junterader, Juntertrug, Pasewart, Forsthaus Pasewart. — 1582 Seelen, 6 Wahlmänner.
9. Wahlbezirk: Nickselwalde. — 867 Seelen, 3 Wahlmänner.
10. Wahlbezirk: Freienhuben, Prinzlaff, Schönbaum. — 1281 Seelen, 5 Wahlmänner.
11. Wahlbezirk: Lehtauerweide, Schönbaumerweide. — 800 Seelen, 3 Wahlmänner.
12. Wahlbezirk: Schiwenhorst, Schnadenburg, Einlage, Kronenhof, Werdel. — 1601 Seelen, 6 Wahlmänner.
13. Wahlbezirk: Bohnsack, Bohnsackweide, Forsthaus Neufähr, Vestlich Neufähr. — 1607 Seelen, 6 Wahlmänner.
14. Wahlbezirk: Westlich Neufähr, Krotau, Kieselfeld. — 1269 Seelen, 5 Wahlmänner.
- 15., 16. und 17. Wahlbezirk: Heubude. — 3114 Seelen, 12 Wahlmänner.
18. Wahlbezirk: Weichselmünde. — 1562 Seelen, 6 Wahlmänner.
19. und 20. Wahlbezirk: Pürgerwiesen. — 2116 Seelen, 8 Wahlmänner.
21. Wahlbezirk: Gr. Plehnendorf, Kl. Plehnendorf, 1346 Seelen, 5 Wahlmänner.
22. Wahlbezirk: Breitsfelde, Reichenberg, Schönrohr, Wehlanten. — 1302 Seelen, 5 Wahlmänner.
23. Wahlbezirk: Gotschalde, Kl. Zünder. — 818 Seelen, 3 Wahlmänner.
24. Wahlbezirk: Käsemart, Schmerblod. — 1010 Seelen, 4 Wahlmänner.
25. Wahlbezirk: Herzberg, Schönau, Trutenau, Trutenauer Herrenland. — 1057 Seelen, 4 Wahlmänner.
26. Wahlbezirk: Boglaff, Scharfenberg, Sperlingsdorf, Gut Quadenorf. — 780 Seelen, 3 Wahlmänner.
27. Wahlbezirk: Gemeinde Quadenorf, Hochzeit, Rassenhuben, Neudorf, Neuenhuben. — 756 Seelen, 3 Wahlmänner.
28. Wahlbezirk: Groß Walddorf, Klein Walddorf. — 891 Seelen, 3 Wahlmänner.
29. Wahlbezirk: Müggengahl, Krotau, Krampih. — 813 Seelen, 3 Wahlmänner.
30. Wahlbezirk: Grebinerfeld, Herrengrebin, Landau, Dorf Mönchengrebin, Gut Mönchengrebin. — 771 Seelen, 3 Wahlmänner.
31. Wahlbezirk: Bodenbruch, Osterwid, Zugdamm. — 894 Seelen, 3 Wahlmänner.
32. Wahlbezirk: Gemlich, Langfelde, Lehtau, Woffih. — 1403 Seelen, 5 Wahlmänner.
33. Wahlbezirk: Gr. Zünder. — 851 Seelen, 3 Wahlmänner.

In Stuthof, Heubude und Bürgerwiesen erfolgt die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Bestimmung der Wahllokale, sowie die Ernennung der Wahlvorsteher und deren Stellvertreter durch die Gemeindebehörde.

Der Landrat des Kreises Danziger Höhe hat bis jetzt eine derartige Einteilung noch nicht getroffen. Sobald die Einteilung der Wahlbezirke bekannt gegeben wird, werden wir auch diese veröffentlichten.

Das Wahlkomitee.

### Briefkasten der Redaktion.

Wette bei Beuter. Der „Obersteiger“ wurde zum letzten Male am 23. April 1907 im hiesigen Stadttheater gegeben.

### Bereinskalender.

Freitag, den 11. April, abends 8 Uhr. Außerordentliche Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereines Danzig-Stadt bei Herrn Steppuhn.

Sonntag, den 13. April, nachmittags 3 Uhr: „Große Protest-Versammlung gegen den Rüstungswahnsinn“, bei Herrn Steppuhn.

Arbeitergesangverein Sängerkreis. Die Mitglieder werden ersucht, da die Meiseier bevorsteht, regelmäßig die Übungsstunden zu besuchen. Jeden Mittwoch von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr Übungsstunde im Restaurant Maurerherberge, Danzig, Schlüsselbaum 28, großer Saal. Neuanmeldungen werden dortselbst entgegengenommen.

Der Vorstand.

### An unsere Freunde und Leser!

Arbeiter von Danzig und Umgegend, erinnert euch bei euren Einkäufen der „Volkswacht“-Inserenten. Wir verweisen auf den Inseratenteil der „Volkswacht“ und ersuchen unsere Leser, bei Ihren Einkäufen diejenigen Geschäftsleute zu berücksichtigen, die unsere „Volkswacht“ mit den bürgerlichen Blättern als gleichberechtigt behandeln und durch das Inserieren in der „Volkswacht“ zum Ausdruck bringen, daß ihnen die Arbeiter als Kunden genau so lieb sind, als die Leser der bürgerlichen Blätter.



# Eminente Spargelegenheit

bietet mein

# Total-Ausverkauf.

Der Ausverkauf bezweckt die absolute Auflösung meines Geschäfts und ich führe dies, um eine radikale Räumung zu erzielen, rücksichtslos auf Einkauf und Verdienst, mit einer solch ungewöhnlichen Preisherabsetzung durch, wie man sie kaum ein zweites Mal antreffen wird. Dabei betone ich ausdrücklich den Unterschied zwischen einem alltäglichen Ausverkauf und dem meinigen. Während bei ersterem die Räumung der Läger von alten Waren angestrebt wird, handelt es sich bei meinem Ausverkauf um die vollständige Auflösung der von mir geführten bekannt guten und besten Qualitäten, auch der allerneuesten Miederichtungen.

## Besondere Ausverkaufs-Angebote:

### Kleiderstoffe

**Frühjahrsstoffe** verschied. Art in großem Farbensortiment Ausverkaufspreis per Meter **0.68** früher bis 1.50

**Cheviots und Diagonals** reine Wolle, durchaus dauerhafte gute Qualität. Ausverkaufspreis per Meter **0.97** früher bis 1.75

**Serge u. Satinuche** reine Wolle, in den wunderbarsten modernen Farben Ausverkaufspreis per Meter **1.18 bis 1.30** früher bis 3.00

**Alpakas, Mohair- u. Kammgarnbind.** in schwarz, elfenbein und modernen Farben. Ausverkaufspreis per Meter **0.73 bis 1.80** früher bis 3.00

**Hochelegante Frühjahrsneuheiten** aparte Nouveautés in entzückendem Farbensortiment Ausverkaufspreis per Meter **2.35 bis 2.80** früher bis 4.75

Das reichh. Lager in schwarzen u. elfenbeinfarb. Kleiderstoffen in den von mir geführten, bekannt guten und besten Qualitäten habe ich der riesigen Borräte wegen teilweise bis zur Hälfte im Preise ermäßigt.

### Gardinen.

**Engl. Tüll-Gardinen** haltbare Qualität, weiß und creme pro Meter Ausverkaufspreis **30, 40, 55, 70, 95** früher 40, 50, 75, 90, 1.50

### Künstler-Gardinen, Tüllbettdecken u. Teppiche

fast bis zur Hälfte im Preise ermäßigt.

### Bettwäsche

**Große weiße Bettbezüge** Ausverkaufspreis **2.45 bis 3.00** früher 3.90 bis 4.50

**Große farbige Bettbezüge** Ausverkaufspreis **1.75 bis 2.80** früher 2.25 bis 4.00

**Leinen- u. Baumwolllaken** Ausverkaufspreis **1.10 bis 2.30** früher 1.50 bis 3.50

### Tischwäsche

**Damast- u. Dreilichtlaken** ca. 110x125 cm groß Ausverkaufspreis **1.10 bis 1.25** früher 1.60 bis 1.80

### Damast- und Jacquardlaken

erprobte Fabrikate

Größe	115x125 cm	110x150 cm	150x225 cm
Ausverkaufspreis	1,45	1,85	3,25
früher	2,00	2,50	4,75

**Kaffee-Bedecke** 180x160 mit 12 Servietten Ausverkaufspreis **2,90** früher 4.75

# A. van der See Nachf.

Holzmarkt 18.

# Wir kleiden Sie vorteilhaft und billig!

Preiswertes Angebot:

**Herrn-Anzüge**  
aus modernen dunkel und hell gemusterten Stoffen  
**18 22 26**

**Jünglings-Anzüge**  
neue schicke Fassons. Blaue Cheviots u. Kammgarne, sowie fein. Stoffe  
**12 15 20**

### Sommerpaletots, Ulster, Ludencapes

Jede Art Berufskleidung!

Barzahlung 4 Proz.

Barzahlung 4 Proz.

# Ertmann & Perlewitz

Holzmarkt 23, 25-26, Breitgasse-Ecke.

### Konsum- und Spargenossenschaft

Danzig und Umgegend. E. O. M. S. H. Den Mitgliedern zur Mitteilung, daß die Verkaufsstelle Tschilergasse 41 an Sonn- u. Feiertagen geschlossen ist. Wochentags ist sie geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abds. Der Vorstand.

### Öffentliche Versammlung

Dienstag, den 15. April 1913, abends 8 Uhr im „Bürgergarten“ in Schildh., Karthausstraße. Tagesordnung: Wie schützt sich die Frau gegen die Lebensmittelmittel? Referent: Frau Gertrud Sedahl, Berlin 2. Diskussion. Zu dieser Versammlung sind alle Arbeiter, ganz besonders die Frauen dringend eingeladen. Der Vorstand.

### Speiseeiswagen

mit Maschine bill. z. verkaufen. Offerten unter D. 100 an die Expedition der Volkswacht.

### 1912er Legehühner

Zoll, Emballage, Fracht franco jeder Bahnstation unter Garantie lebender und gesunder Ankunft, mit ärztl. Zeugnisse, gegen Voreinsendung des Betrages 13 Stück große, ital. täglich Eier legende Hühner früher Brut, mit einem schönen Zuchthahn, die Farben nach Belieben, 30 Mk. Tafel-Auswahl. Butter, täglich frisch, 10-Pfd.-Koll 9 1/2 lb Blumenbienenhonig, naturrein, f. Brustleidende, 10-Pfd.-Dose 7 Mk., zur Probe 5 Pfd. Butter u. 5 Pfd. Honig 7,50 Mk. Bänne, federn, schneeweiß, staub- u. stiefelfrei, mit ganzen Daunen, von der Gans gerast, per Pfd. 2 Mk. Dieselben fein geschliffen, sehr füllkräftig, per Pfd. 3 Mk. Daunen-Flaumen, 3 Pfund genügend zum Oberbett, per Pfund 6 und 5 Mk.

### Ostas Sternlieb, Tluste 6, 13 via Breslau.

Meinen werten Kunden mache hierdurch bekannt, daß ich mein

### Herings-Geschäft

von der Markthalle nach Heilige Geistgasse, Ecke Ziegengasse, verlegt habe. Frau Pallasch.



**Max Strauß** G. m. b. H. 113 Breitgasse 113.

Herrenhüte u. Mützen Enorme Auswahl. Billige Preise

### Sofort Verdienst!

Wer aus beruflichen, gesundheitlichen oder finanziellen Rücksichten einen

### Berufswechsel

vornehmen möchte und sich dabei, ohne Kapital anzulegen, eine Stellung mit dauernder und steigender Einnahme sichern will, wende sich vertrauensvoll an die Expedition der Volkswacht unter Chiffre D 112. Strengste Diskretion wird versichert.

Kinderloses Ehepaar sucht Stube, Kabinett nebst Zubehör vom 1. 5. an verm. Off. P. 100 a. d. Exp. d. Bl.

Ein junger Mann findet gute Schlafstelle. Stiftswinkel 2, 1 Tr. Leute finden Logis, Tobiasgasse 19, im Laden.

# Der Feinschmecker

schätzt meine in Qualität und Aroma hervorragende Spezialmarke No. 100

# Artus 2 Pfg.

und Artus Gold

ges. gesch.

Nur echt, wenn Zigarette Namen u. Nummer trägt Ueberall erhältlich.

### Rudolf Niemierski Söhne

Telephon 3117. Danzig. Telephon 3117.



Hüte, Mützen große Auswahl billige Preise.

Huthaus London 11. Damm 10.

### Schillers Werke

3 Bände zu 4 Mark Buchhandlung Volkswacht Paradiesgasse Nr. 32.

Große und mittlere

### Packkästen

sind stets billig zu haben. Eugen Seilm. Schüsselbamm Nr. 56.

### Weichsel-Königin

Seife besitzt höchste Waschkraft infolge ihres Gehaltes an bestem Terpentinöl.

Überall erhältlich. J. M. Wendisch Nachf., Seifenfabrik, Thorn.

### Karl Kautsky: Der Weg zur Macht.

Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

1 Stube, Kabinett nebst Zubehör zu mieten von sofort gesucht. Offert. unt. W. 99 an d. Exp. d. Bl.

# Wohlfeile Frühjahrs-Woche

Alle Artikel liegen in grossen Quantitäten zum Verkauf aus. Wir betonen, dass wir zu auffallend billigen Preisen nur gute und beste Qualitäten bieten. Unter den Auslagen befinden sich Kaufgelegenheiten von seltener Vorteilhaftigkeit.

## Damen-Konfektion

- Kostüm** zum Teil Jacke auf H'Seide in verschiedenen Stoffen englischer Art. Dardweg gute Qualitäten und moderne Paspel . . . . . **14<sup>75</sup>**
- Kostüm** blau Kammg.-Cheviot, Jacke auf H'Seide, mit hübscher Tressen-Garnitur, zum Teil mit Seidenrevers, gute Verarbeitung und guter Sitz . . . . . **19<sup>75</sup>**
- Kostüm-Rock** in derben Stoffen engl. Art, verschiedene Ausführungen . . . . . **5<sup>25</sup>**
- Kostüm-Rock** in Stoffen engl. Art und leichten Sommer-Stoffen, reiche Auswahl . . . . . **7<sup>50</sup>**

- Frühjahrs-Paletots** Reversfasons z. Teil mit farbigen Aufschlägen und Stoffen engl. Art . . . . . **7<sup>75</sup>**
- Frühjahrs-Paletots** Schalfassons z. Teil mit hübsch. farb. Paspeln und Stoff. engl. Art . . . . . **10<sup>75</sup>**
- Bluse** aus Wollmusselin, gestr., mit sparten Säumdren und Knopfgarnitur, Kragen aus Mull mit Einsätze u. Valenciennespitze, ganz auf Futter, in allen Farben . . . . . **2<sup>90</sup>**
- Tüllbluse** ecru, aus gemustert. Tüll, Vorderteil mit breiten Spachtel-Einsätzen und Seiden-Knöpfchen ganz auf Tüll gearbeitet . . . . . **4<sup>90</sup>**

Ein selten wohlfeiles Angebot!

## Seidenstoffe

- Reinseid. Blusenstoffe** in modernen Streifen und Farben . . . . . **85<sup>5</sup>**
- Blusen- u. Kleiderseide** „Reine Seide“, streng mod. Streifen, gute haltb. Qualitäten Mir. 1.75, 1.45, schwarz . . . . . **1<sup>25</sup>**
- Messaline** „Reine Seide“ haltbare Qualitäten, in schwarz und vielen Farben . . . . . **1<sup>45</sup>**
- Bastseide** solides Fabrikat, sehr gut im Tragen . . . . . **1<sup>45</sup>**

- Palette** „Reine Seide“, solide Qual. für Kleider und Blusen, schwarz und viele Seidenfarben, ganz besonders wohlfeil . . . . . **1<sup>75</sup>**
- Jupon imprimé** moderne Rosenmuster, für elegante leichte Sommerkleider . . . . . **1<sup>75</sup>**
- Schwarz Taffet** „Reine Seide“, ganz bedeutend unter regulärem Preis Mir. 1.45. **95<sup>5</sup>**
- Taffet-Chiffon** schwarz, haltbare Kleiderware . . . . . **1<sup>75</sup>**

## Damen-Wäsche

- Nachtlacke** aus guten Renforcé mit Languette . . . . . **95<sup>5</sup>**
- Damenhemd** mit gestrickter Passe . . . . . **1<sup>25</sup>**
- Damenhemden** Fantasiestoffe, aus gut. Renforcé, reich mit Stickerei und Banddurchzug  
Serie I Serie II Serie III  
**1<sup>95</sup> 2<sup>45</sup> 2<sup>95</sup>**
- Beinkleid** aus gutem Renforcé, mit Stickereivolant . . . . . **1<sup>45</sup>**
- Untertaille** mit Stickerei-Ein- und Ansatz, Rücken-Garnitur . . . . . **95<sup>5</sup>**

Eine Veranstaltung  
größten Stils  
einzig in ihrer Art!

## Kleiderstoffe

- Frotté rayé** „Reine Wolle“, in modernen Farben . . . . . **1<sup>75</sup>**
- Popeline** 110 cm breit, in vielen Farben, „Reine Wolle“ . . . . . **1<sup>95</sup>**
- Diagonal changeant** „Reine Wolle“, 110 cm breit . . . . . **2<sup>90</sup>**
- Ein Posten  
**reinwollene Musseline** früher 1,85. **70<sup>5</sup>**  
jetzt Meter

## Handschuhe

- Damen-Handschuhe**, Zwirn farbig . . . . . **28<sup>5</sup>**
- Damen-Handschuhe**, gemustert, farbig, Paar . . . . . **35<sup>5</sup>**
- Damen-Handschuhe**, Zwirn, in allen Farben, zwei Knopf. . . . . **48<sup>5</sup>**
- Damen-Handschuhe** in allen Farben, zwei Knopf. . . . . **95<sup>5</sup>**
- Damen-Handschuhe**, Zwirn, zwölf Knopf in allen Farben . . . . . **95<sup>5</sup>**
- Damen-Handschuhe**, imitiert Wildleder, zwölf Knopf, gelb . . . . . **95<sup>5</sup>**
- Herrn-Handschuhe**, Zwirn, in allen Farben . . . . . **48<sup>5</sup>**
- Herrn-Handschuhe**, imit. Leinen, in allen Farben . . . . . **85<sup>5</sup>**

## Kinder-Strümpfe

- Kinder-Strümpfe**, gewebt, diamantschwarz, garantiert wasch- und schweisstecht, verstärkte Ferse und Spitze, nahtlos  
Gr. 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11  
**25 30 35 40 45 50 55 60 65 70 75<sup>5</sup>**
- Kinder-Strümpfe**, lederfarbig, gewebt verstärkte Ferse und Spitze  
Gr. 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11  
**35 38 42 48 52 58 62 68 72 85 95<sup>5</sup>**
- Kinder-Söckchen**, feine Baumwolle, schwarz und lederfarben, verstärkte Ferse und Spitze  
Gr. 2 3 4 5 6 7 8 9  
**30 32 35 38 42 45 48 55<sup>5</sup>**

## Damen-Strümpfe

- Damen-Strümpfe**, deutsch lang, gewebt schwarz, ohne Naht, doppelt Ferse und Spitze . . . . . **38<sup>5</sup>**
- Damen-Strümpfe**, englisch lang, gewebt schwarz . . . . . **48<sup>5</sup>**
- Damen-Strümpfe**, engl. lang, gewebt schw. Doppelsohle, Spitze u. Hochferse Paar . . . . . **65<sup>5</sup>**
- Damen-Strümpfe**, deutsch lang, braun garantiert waschecht, nahtlos, doppelt Ferse und Spitze . . . . . **75<sup>5</sup>**
- Damen-Strümpfe**, englisch lang, Flor la Qualität, schwarz, mit Strumpfhalterrand . . . . . **85<sup>5</sup>**
- Damen-Strümpfe**, engl. lang, la Qualität schwarz, ohne Naht, dopp. Sohle, verst. Spitze u. Hochferse Paar 1.35, 1.10. **95<sup>5</sup>**

## Herrn-Strümpfe.

- Herrn-Schweiss-Socken** „Angora“, grau Paar 35, 28 **18<sup>5</sup>**
- Herrn-Schweiss-Socken**, grau, dopp. Ferse und Spitze . . . . . **45<sup>5</sup>**
- Herrn-Schweiss-Socken**, Reform, grau nahtlos, dopp. Ferse u. Spitze 85, 65, 58, **48<sup>5</sup>**
- Herrn-Schweiss-Socken**, meliert nahtlos, doppelt Ferse und Spitze . . . . . **58<sup>5</sup>**
- Herrn-Schweiss-Socken** „Electra“ beste Qualität, gestrickt ohne Naht . . . . . **95<sup>5</sup>**
- Herrn-Socken**, la Flor, lederfarbig und schwarz, doppelt Sohle und verstärkte Hochferse . . . . . **58<sup>5</sup>**
- Herrn-Socken**, buntfarbig . . . . . **58<sup>5</sup>**

## Weisswaren

- 1/2 Madapol. n. Stickereien**, Ein- und Ansätze, Kupon 4<sup>1</sup>, Meter . . . . . **1,35<sup>5</sup>**
- Damen-Lackgürtel** mit Bauernband bes. und eleganter Schliesse . . . . . **95<sup>5</sup>**
- Damen-Lackgürtel** in allen Farben mit imit. Perlmutterknöpfen . . . . . **95<sup>5</sup>**
- Elegante Jabots**, lange Form, aus Tüll u. Spitze gearbeitet . . . . . **1,45<sup>5</sup>**, **95<sup>5</sup>**
- Blusengarnituren**, weiß, Kragen u. Jabot aus gepunktetem Mull u. Spitze . . . . . **1,25<sup>5</sup>**
- Bulgaren-Schleifen**, „Originalwien“, aus Werkstättenstoff gearbeitet . . . . . **1,65<sup>5</sup>**
- 12 seidene Haarbandreste**, Nr. 5, in allen Farben . . . . . **95<sup>5</sup>**
- 8 seidene Haarbandreste**, Nr. 9, in allen Farben . . . . . **95<sup>5</sup>**

Große Auswahl in ge- **95<sup>5</sup>** bis **3,75<sup>5</sup>**  
stickten Bulgaren-Kragen v. **95<sup>5</sup>**

Gestickte Bulgaren-Kragen, zackige Form **95<sup>5</sup>**  
Stück

## Schürzen

- Blusenschürze**, ohne Schoß aus türkischen Stoffen . . . . . **78<sup>5</sup>**
- Zierbürze**, weiß und farbig, hübsche Formen . . . . . **68<sup>5</sup>**
- Blusenschürze** aus kräftigem Gingham mit schöner Bortengarnitur . . . . . **95<sup>5</sup>**
- Blusenschürze** aus gutem Gingham, mit Knopf- und Paspelgarnitur . . . . . **1<sup>48</sup>**

## Korsetts

- Dreil-Korsett** mit und ohne Spiralstangen, vorzüglicher Sitz . . . . . **1,35<sup>5</sup>**
- Büstenhalter**, gutsitzende Formen . . . . . **1<sup>25</sup>**
- Weiße Korsett**, porös, mit waschbaren Einlagen . . . . . **95<sup>5</sup>**

## Herrn-Artikel.

- Herrn-Oberhemden**, weiss Pikee, mit festen Manschetten . . . . . **3,75<sup>5</sup>**
- Herrn-Oberhemden**, prima Perkal, durchgehend weissgrundig . . . . . **2,75<sup>5</sup>**
- Herrn-Oberhemden**, Waschseide, neue Dessins . . . . . **3,50<sup>5</sup>**
- Herrn-Garnituren**, prima Perkal, weiß Garnitur . . . . . **95<sup>5</sup>**
- Herrn-Frakk-Westen**, engl. Piqué, weiss in allen Grössen . . . . . **3,75<sup>5</sup>**
- Herrn-Tuch-Westen**, mit Paspel in allen Farben . . . . . **4,75<sup>5</sup>**
- Herrn-Krawatten**, „Reine Seide“ in allen neuen Farben . . . . . **95<sup>5</sup>**
- Herrn-Hüte**, steif . . . . . **2,95<sup>5</sup>**
- Herrn-Hüte**, weich in allen Farben **2,95<sup>5</sup>**

**Geb. Freymann**  
G.m.b.H. - Danzig - Kohlenmarkt 27-29.